



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

52. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 27. Januar 2005, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Renate Holznagel

Inhalt

Ute Schildt, SPD.....	2941
Dr. Martina Bunge, PDS	2942
Beschluss	2943

Fragestunde

– Drucksache 4/1519 –	2937
Wolfgang Riemann, CDU.....	2937
Ministerin Sigrid Keler.....	2937

Unterrichtung durch die Landesregierung: Zwischenbericht zum Landesmarketing Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/1268 –	2943
--	------

Eidesleistung der am 26.01.2005 gewählten stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts gemäß § 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz	2937
Dr. Erich Hobbeling	2938
Jörg Bellut	2938

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 4/1520 –	2943
Andreas Petters, CDU	2943, 2945
Minister Dr. Otto Ebnet.....	2944
Ute Schildt, SPD.....	2946
Dr. Martina Bunge, PDS	2947
Beschluss	2947

Unterrichtung durch die Landesregierung: Berufsausbildungsbericht – Drucksache 4/1395 –	2938
--	------

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 4/1514 –	2938
Andreas Petters, CDU	2939
Minister Dr. Otto Ebnet.....	2939
Dr. Ulrich Born, CDU	2940

Antrag der Finanzministerin: Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2003 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes – – Drucksache 4/1478 –	2947
Berichtigung – Drucksache 4/1524 –	2947
Beschluss	2947

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Weitere Ausgestaltung der Konversion
in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/1501 –	2948
Thomas Schwarz, SPD	2948, 2951
Dr. Ulrich Born, CDU	2948, 2951
Peter Ritter, PDS	2949, 2951
Minister Dr. Otto Ebnet	2952
Beschluss	2953

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Rechtsextremistische Entwicklungen stoppen

– Drucksache 4/1503 –	2953
-----------------------------	------

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/1530 –	2953
Angelika Gramkow, PDS	2953
Minister Dr. Gottfried Timm	2955
Dr. Armin Jäger, CDU	2956
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	2958
Peter Ritter, PDS	2959
Beschluss	2961

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

**Vereinfachte Steuererklärung in
Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/1502 –	2961
Angelika Gramkow, PDS	2961
Ministerin Sigrid Keler	2962
Dr. Henning von Storch, CDU	2962
Jochen Schulte, SPD	2963
Beschluss	2963

Gesetzentwurf der Landesregierung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
zur Änderung des Staatsvertrags über
den Norddeutschen Rundfunk (NDR)**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/1500 –	2964
-----------------------------	------

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses**

– Drucksache 4/1529 –	2964
Siegfried Friese, SPD	2964
Beschluss	2964

Nächste Sitzung

Mittwoch, 9. März 2005	2964
------------------------------	------

Beginn: 11.10 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 52. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich unserer Kollegin Frau Ute Schildt ganz herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, PDS und auf der Zuschauertribüne)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Fragestunde. Die Frage an die Landesregierung liegt Ihnen auf Drucksache 4/1519 vor.

Fragestunde
– **Drucksache 4/1519** –

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Finanzministerin und hierzu die Frage des Abgeordneten Wolfgang Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin, nach der Gedenkstunde fällt es mir doch schwer, zum politischen Alltag zurückzukehren. Lassen Sie es uns trotzdem gemeinsam versuchen!

Frau Finanzministerin!

Vor dem Hintergrund, dass die Finanzministerkonferenz am 11. November 2004 beschlossen hat, die vereinfachte Steuererklärung für Arbeitnehmer ab dem Veranlagungszeitraum 2004 flächendeckend für das gesamte Bundesgebiet zuzulassen und dass u. a. Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Saarland davon bereits ab dem 1. Januar 2005 Gebrauch machen, frage ich die Landesregierung: Warum hat die Landesregierung das o. g. Verfahren nicht ebenfalls ab dem 1. Januar 2005 eingeführt?

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Herr Riemann, auch mir fällt es schwer, zu dem normalen Alltag zurückzukommen, zumal das ja ein relativ spezieller Fall ist. Ich möchte aber darauf jetzt antworten.

Die Finanzministerkonferenz hat sich am 11. November 2004 dafür ausgesprochen, dass die Länder erstmalig für den Veranlagungszeitraum 2004 flächendeckend die vereinfachte Steuererklärung für Arbeitnehmer einführen können. Über das Ergebnis der Umsetzung soll fortlaufend berichtet werden. Unter dem Gebot, dass nur bundeseinheitliche Steuerklärungsvordrucke zum Einsatz kommen sollen, ist damit der Weg für eine Erprobung neuer Vordrucke eingeschlagen worden. Eine derartige Probephase ist in den steuerlichen Massenverfahren unverzichtbar, zumal die partiellen Versuche mit einer vereinfachten Steuererklärung bei fünf Finanzämtern in Nordrhein-Westfalen durchaus auch Probleme aufgezeigt haben. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es aus Kostengründen unververtretbar, wenn gleich alle Länder an der Erprobungsphase teilnehmen würden.

Herr Riemann, Sie haben die Länder aufgezählt, die teilnehmen. Die anderen nehmen alle nicht teil und dazu gehören auch Sachsen und Bayern.

Wolfgang Riemann, CDU: Bayern gehört nicht dazu.

Ministerin Sigrid Keler: Die Erfahrungen einzelner Erprobungsländer reichen aus, um im Falle einer erfolgreichen Umsetzung eine gemeinsame Vorgehensweise abzusichern. Beispielsweise hat Schleswig-Holstein einen Erfahrungsbericht zum September 2005 angekündigt, dessen Ergebnisse könnten dann rechtzeitig vor Drucklegung bundeseinheitlicher Vordrucke ausgewertet werden.

Ein weiterer praktischer Grund für die Nichtteilnahme des Landes an dem Pilotprojekt war der zeitliche Druckvorlauf, denn bereits am 25. Oktober 2004 sind die Druckaufträge für die bekannten Steuerklärungsvordrucke bei uns im Lande ausgelöst worden. Hätte unser Bundesland den späteren Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 11. November umgesetzt und zusätzlich die vereinfachte Steuererklärung aufgelegt, wären ohne gesicherte Erkenntnisse aus der Erprobungsphase eine hohe Zahl von Vordrucken sinnlos hergestellt worden. Wir haben uns deshalb entschlossen, eine derart unwirtschaftliche Vorgehensweise zu vermeiden.

Abschließend möchte ich sagen, der Bismarck'sche Satz „In Mecklenburg-Vorpommern geht die Welt 50 Jahre später unter.“ trifft hier nicht zu.

Wolfgang Riemann, CDU: Danke. Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Ministerin Sigrid Keler: Ja.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Finanzministerin, wollte die Landesregierung dieses Verfahren nicht 2006 einführen und bedurfte es dazu eines Antrages der Koalitionsfraktionen hier heute im Landtag?

Ministerin Sigrid Keler: Herr Riemann, wir haben gesagt, dass wir es für den Veranlagungszeitraum 2005, wenn die Erprobungsphase bekannt ist und die bekannten Kinderkrankheiten abgestellt sind, einführen. Ich kann Anträge, die von den Fraktionen kommen, nicht dementsprechend verhindern.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Das wissen Sie.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS: Weil sie selber keine Anträge gemacht haben. –
Angelika Gramkow, PDS: Wir machen uns wenigstens die Mühe und machen einen Antrag und nicht eine kleine Anfrage.)

Wolfgang Riemann, CDU: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Eidesleistung der stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts gemäß § 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz.

**Eidesleistung der am 26.01.2005
gewählten stellvertretenden Mitglieder
des Landesverfassungsgerichts gemäß
§ 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz**

Meine Damen und Herren, wir hatten gestern unter Tagesordnungspunkt 11 und 12 die stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts in geheimer Wahl gewählt. Der Ministerpräsident des Landes hat den Gewählten die nach Paragraph 4 Absatz 3 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes vorgesehene Urkunde aus-

gehündigt. Ich darf Sie, Herr Dr. Hobbeling und Herr Bellut, herzlich willkommen heißen.

Die Gewählten haben mir gegenüber schriftlich erklärt, dass sie die Wahl annehmen. Nach Paragraph 9 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts und die Stellvertreter vor Aufnahme ihres Amtes in öffentlicher Sitzung des Landtages den für Richter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten. Dieser Eid ist in Paragraph 4 Landesrichtergesetz festgelegt.

Zur Vereidigung bitte ich die neu gewählten stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts zu mir zu kommen. Ich möchte die Mitglieder des Landtages bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich werde den Eid vorsprechen und bitte zunächst Sie, Herr Dr. Hobbeling, mir die Worte nachzusprechen. Ich spreche Ihnen nun den Eid vor: Ich schwöre,

Dr. Erich Hobbeling: Ich schwöre,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: das Richteramt getreu dem Grundgesetz

Dr. Erich Hobbeling: das Richteramt getreu dem Grundgesetz

Präsidentin Sylvia Bretschneider: für die Bundesrepublik Deutschland,

Dr. Erich Hobbeling: für die Bundesrepublik Deutschland,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Erich Hobbeling: getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Präsidentin Sylvia Bretschneider: und getreu dem Gesetz auszuüben,

Dr. Erich Hobbeling: und getreu dem Gesetz auszuüben,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: nach bestem Wissen und Gewissen

Dr. Erich Hobbeling: nach bestem Wissen und Gewissen

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ohne Ansehen der Person zu urteilen

Dr. Erich Hobbeling: ohne Ansehen der Person zu urteilen

Präsidentin Sylvia Bretschneider: und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Dr. Erich Hobbeling: und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: So wahr mir Gott helfe.

Dr. Erich Hobbeling: So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich möchte Ihnen, Herr Dr. Hobbeling, an dieser Stelle die Glückwünsche des Hauses zur Wahl und der Annahme des mit Sicherheit nicht einfachen Ehrenamtes aussprechen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und stets ein wachsa-

Auges und weise Entscheidungen bei der Auslegung der Verfassung. Herzlichen Glückwunsch!

Dr. Erich Hobbeling: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Nunmehr bitte ich Sie, Herr Bellut, mir den Eid nachzusprechen: Ich schwöre,

Jörg Bellut: Ich schwöre,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: das Richteramt getreu dem Grundgesetz

Jörg Bellut: das Richteramt getreu dem Grundgesetz

Präsidentin Sylvia Bretschneider: für die Bundesrepublik Deutschland,

Jörg Bellut: für die Bundesrepublik Deutschland,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Jörg Bellut: getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Präsidentin Sylvia Bretschneider: und getreu dem Gesetz auszuüben,

Jörg Bellut: und getreu dem Gesetz auszuüben,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: nach bestem Wissen und Gewissen

Jörg Bellut: nach bestem Wissen und Gewissen

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ohne Ansehen der Person zu urteilen

Jörg Bellut: ohne Ansehen der Person zu urteilen

Präsidentin Sylvia Bretschneider: und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Jörg Bellut: und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: So wahr mir Gott helfe.

Jörg Bellut: So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich möchte Ihnen, Herr Bellut, an dieser Stelle die Glückwünsche des Landesparlamentes zur Wahl und der Annahme des mit Sicherheit nicht einfachen Ehrenamtes aussprechen und wünsche Ihnen Erfolg bei Ihrer Arbeit und ebenso stets ein wachsaues Auge und weise Entscheidungen bei der Auslegung der Verfassung. Herzlichen Glückwunsch!

Jörg Bellut: Vielen Dank.

(Beifall bei den Abgeordneten – Gratulationen)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Berufsausbildungsbericht, auf Drucksache 4/1395, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses, auf Drucksache 4/1514.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Berufsausbildungsbericht
– Drucksache 4/1395 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses
– Drucksache 4/1514 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Herr Petters.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1514 zum Berufsausbildungsbericht der Landesregierung auf Drucksache 4/1395 liegt vor uns.

Jeder von uns kennt die Problematik, über die der Berufsausbildungsbericht unterrichtet. Jeder von uns kennt junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen oder gesucht haben. Jeder von uns weiß, dass zu Beginn eines jeden Ausbildungsjahres die Zahl der gemeldeten Bewerber regelmäßig die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen übersteigt. Jeder von uns, denke ich, erkennt die enorme gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung der Aufgabe an, allen jungen Menschen eine qualitativ hochwertige Ausbildung sicherzustellen. Uns allen sollte klar sein, dass es eine enorme Kraftanstrengung für die ausbildenden Betriebe, die Kammern und Verbände und für alle an der Ausbildung beteiligten Institutionen bedeutet, Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen und dadurch jungen Menschen eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu vermitteln. Und uns allen sollte auch klar sein, dass diese Kraftanstrengung trotz rückläufiger Schulabgängerzahlen in den nächsten Jahren nicht nachlassen darf. Der Wirtschaftsausschuss dieses Hohen Hauses ist jedenfalls davon überzeugt, dass der Landtag allen an der Ausbildung beteiligten Institutionen seinen Dank aussprechen sollte und für die Zukunft an ein Beibehalten der intensiven Bemühungen um Ausbildungsplätze appellieren sollte.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Aus diesem Grund hat sich der Wirtschaftsausschuss einstimmig – ich betone, einstimmig – auf die vorliegende Beschlussempfehlung verständigt. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsausschusses für die sachlichen und konstruktiven Bemühungen bedanken. Mein Dank gilt selbstverständlich auch dem Wirtschaftsministerium und dem Wirtschaftsminister, der persönlich im Ausschuss noch Ergänzungen zum vorliegenden Berufsausbildungsbericht gemacht hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen und im Auftrag des Wirtschaftsausschusses bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu der vorliegenden Beschlussempfehlung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Otto Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Berufsausbildungsbericht liegt Ihnen vor und von daher möchte ich an dieser Stelle nicht alles lang und breit noch einmal vortragen. Ich möchte aber kurz auf das vergangene Jahr eingehen und Ihnen die Ausbildungssituation und den Verlauf des Jahres schildern.

Wir hatten etwas über 26.000 Bewerber. Und das läuft jedes Jahr so ab, letztes Jahr auch, dass Ende Juli Meldungen kommen – Ende Juli –, es sind noch 10.000 Bewerber unvermittelt. Ich habe das immer als Panikattacke bezeichnet, weil es klar ist, dass diese Momentaufnahme im Juli noch nicht das Ergebnis ist, das sich später einstellt. Wir müssen auch dieses Jahr wieder damit rechnen, dass es genauso abläuft.

Wir hatten Ende September – da gibt es die ersten verlässlichen Zahlen – von diesen über 26.000 Bewerbern 17.000 in der dualen Ausbildung, 17.000 von den 26.000. Von diesen 17.000 haben knapp 11.000 eine betriebliche Ausbildung begonnen. Über 7.000 Bewerber entschieden sich für andere Alternativen, das sind Studium, Bundeswehr oder sie hatten ein anderes Ausbildungsangebot außerhalb des Landes oder haben sich sonst wie entschieden. Ende September suchten noch knapp 2.000 Bewerber einen Ausbildungsplatz, nicht 10.000 wie im Juli, sondern knapp 2.000 Bewerber. Und dann gab es die Nachvermittlungssaktionen der Kammern und der Agenturen für Arbeit und die Zahl ging weiter zurück. Zum Jahresende hatten wir noch 322 unvermittelte Bewerber und dieser Zahl standen 408 nicht besetzte Praktikumsplätze gegenüber, die die Betriebe im Rahmen von betrieblichen Einstiegsqualifikationen bereitgestellt hatten. Rein von den Zahlen her war das Problem insofern gelöst oder lösbar, denn es waren mehr Stellen im Angebot, als wir noch Bewerber hatten.

Diese Einstiegsqualifizierung wird manchmal als Warteschleife bezeichnet. Das ist sie aber nicht. Sie ist ein gutes Angebot der Wirtschaft an die Jugendlichen, über ein Praktikum in eine betriebliche Ausbildung einzusteigen. Bei diesen Praktikumsplätzen erhalten die Jugendlichen immerhin knapp 200 Euro Praktikumsvergütung und die Praktikumszeiten – und das ist wichtig – können auch auf eine anschließende Ausbildung angerechnet werden. Es sind also keine vertanen Zeiten, sie können angerechnet werden.

Alle Jugendlichen, die jetzt noch keinen Ausbildungsplatz haben, kann ich nur auffordern, alle bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten zu nutzen!

Meine Damen und Herren, wichtig ist noch, dass es erstmals seit Jahren gelungen ist, den Abbau von betrieblichen Ausbildungsplätzen zu stoppen. Wir haben hier eine Trendumkehr und das ist eine Leistung unserer Wirtschaft im Land, die man gar nicht hoch genug anerkennen kann. Unsere Unternehmen stehen nach wie vor an der Spitze, was die betriebliche Ausbildung angeht, und dafür haben sie unseren Dank verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
einzelnen Abgeordneten der CDU
und Angelika Gramkow, PDS)

Mein persönliches Fazit: Der Ausbildungspakt war nicht nur bundesweit, sondern auch in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Meine Damen und Herren, alle Daten legen nahe, dass wir in diesem Jahr eine ähnliche Situation haben werden wie im vergangenen. Es gibt also weder Grund zur Panik noch Grund zur Entwarnung.

(Harry Glawe, CDU: Es geht aufwärts.)

Der Landesausschuss für Berufsbildung rechnet für 2005 mit 25.500 Bewerbern, etwa fast so viele wie im Vor-

jahr. Es wird noch keine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt geben und nach wie vor belastet eine hohe Zahl von Altbewerbern den Ausbildungsstellenmarkt. Wir müssen auch in diesem Jahr auf große Anstrengungen gefasst sein, um unseren Jugendlichen ausreichende Ausbildungsangebote machen zu können.

Ein Vorteil ist, dass wir dieses Jahr früher mit unserer Ausbildungsförderung werden einsteigen können. Dabei hilft, dass die Diskussion um die Ausbildungsplatzumlage Vergangenheit ist und dass ein vom Landtag verabschiedeter Haushalt existiert, der Vorkehrungen enthält, um Ausbildungsfördernde Maßnahmen der Landesregierung frühzeitig auflegen zu können. Wir können die Dinge nun schnell auf den Weg bringen. Wir werden folgende Programme fortführen:

1. die betriebliche Ausbildungsplatzförderung
Wir werden sie konzentrieren auf die Zielgruppe der erstmals auszubildenden Berufe.
2. die Verbundausbildung, die sich an die Betriebe richtet, die allein nicht ausbilden können
3. das Landesergänzungsprogramm, das zusätzlich zum Bund-Länder-Ausbildungsprogramm mit bis zu 1.000 Plätzen aufgelegt wird
4. die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung für das Handwerk, die analog der Verbundausbildung durchgeführt wird
5. das Ausbildungsprogramm Ost

Die Bundesregierung wird mit den ostdeutschen Ländern im Februar die Verhandlungen zum Ausbildungsplatzprogramm Ost aufnehmen. Wir werden uns gemeinsam mit den anderen Ländern dafür einsetzen, dass das Programm 2005 wie im Vorjahr mit insgesamt 14.000 Plätzen, davon 2.300 für Mecklenburg-Vorpommern, fortgeführt wird.

Meine Damen und Herren, die vorliegende Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zeigt für mich, dass sich alle Fraktionen des Landtags der großen Bedeutung des Themas „Ausbildung für Mecklenburg-Vorpommern“ bewusst sind. Ich finde es ausgesprochen positiv, wenn in einer für die Zukunft des Landes so wichtigen Frage alle Kräfte im Land an einem Strang ziehen. Das ist im Sinne unserer Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, und das ist im Sinne der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Für diese Unterstützung der Landesregierung durch den Landtag in einer solch wichtigen Frage, wie es das Thema Ausbildung ist, möchte ich mich deshalb an dieser Stelle bei allen Fraktionen des Landtags herzlich bedanken. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte eigentlich vor, Herr Minister, eine etwas ausführlichere Rede zu halten zu diesem Thema, aber nach der sehr detaillierten Darstellung des Ausschussvorsitzenden und Ihrer Rede, Herr Minister, liegt mir doch daran, noch einmal das zu

unterstreichen, was beide übereinstimmend gesagt haben, nämlich dass wir es hier zwar mit einer nach wie vor sehr ernsthaften Problematik zu tun haben, sich aber alle politisch Handelnden im Land einig sind, dass wir intensiv daran arbeiten müssen, dass diese so genannten Überhänge tatsächlich eine Arbeit finden.

Dazu will ich noch einmal die Zahl sagen, denn ich bin eben von einem Kollegen gefragt worden, wie viel es denn sind. Für das Jahr 2003 haben wir 26.348 Bewerber gehabt, davon – Kollege Glawe, Sie hatten mich eben gefragt – etwa 5.700 aus dem Vorjahr und 6.600 aus den noch weiter zurückliegenden Jahren. Das zeigt in der Tat, dass es besonders für diese Gruppe schwierig ist, einen Ausbildungsplatz zu finden. Herr Minister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass hier verstärkte Anstrengungen erforderlich sind. Ich will deshalb auf meinen eigentlich vorgesehenen Redebeitrag verzichten, um noch einmal die Gemeinsamkeiten hier zu unterstreichen. Die Darstellungen des Ausschussvorsitzenden und des Ministers haben sehr sachlich die Problematik aufgezeigt und auch deutlich gemacht, dass der Wirtschaftsausschuss gerade bei dieser Thematik einen Schwerpunkt seiner Arbeit sieht.

Auf eins möchte ich allerdings noch einmal hinweisen. Der Minister hat, meines Erachtens völlig zu Recht, noch einmal klar gesagt, dass ab dem Jahre 2009 mit einem dramatischen Rückgang bei den Bewerberzahlen zu rechnen ist und dass damit Probleme verbunden sein werden bei den Unternehmen. Allerdings in die Unterrichtung, die Sie uns vorlegen, im Berufsbildungsbericht, Herr Minister, haben Sie Zahlen übernommen, was ich Ihnen nicht ankreide, weil es Zahlen sind, die von Ihren Kollegen kommen, Seite 11, Grafik 8, die nicht mit dem übereinstimmen, was wir von Ihnen zu Recht hier als Darstellung gehört haben, und insbesondere nicht mit dem, was das Kabinett selbst beschlossen hat im Jahre 2003. Darauf hat gestern der Vorsitzende der CDU-Fraktion, der Kollege Rehberg, hingewiesen. Es ist natürlich misslich, wenn hier das übernommen wird, was ärgerlicherweise so dem Sekretariat der Kultusministerkonferenz gemeldet wird, obwohl das Kabinett selbst im Jahre 2003 die Zahlen, die von unserem eigenen Statistischen Landesamt stammen, beschlossen hat. Danach haben wir von einem ganz starken Rückgang auszugehen, der bis auf 9.500, eben was die Schulabsolventen angeht, im Jahre 2020 heruntergeht. Also, denke ich, sollte jetzt wirklich auch in alle zukünftigen Darstellungen seitens der Landesregierung aufgenommen werden, was das Kabinett selbst beschlossen hat, und nicht diese falschen Zahlen, weil sich daraus natürlich fatale Fehleinschätzungen ergeben können.

Und schließlich möchte ich noch einen Punkt ausdrücklich erwähnen. Wir können uns drehen und wenden, wie wir wollen, das Hauptproblem der derzeitigen Lage ist die ökonomische Gesamtsituation, die schwierig ist. Die Unternehmen werden nach wie vor aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation an der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze gehindert. Deshalb muss das erste Augenmerk aller Anstrengungen darauf gerichtet sein, eine Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis herbeizuführen, um so die Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und letztlich Ausbildung zu schaffen. Darüber hinaus müssen die vorhandenen Ausbildungsordnungen modernisiert werden, um dem beschleunigten Innovationszyklus in den verschiedenen Berufen gerecht zu werden.

Eins möchte ich ausdrücklich an dieser Stelle noch einmal sehr eindrücklich hervorheben und Sie auch bitten, Herr Minister, dass Sie Ihrerseits Ihren Kabinettskollegen zur Rechten da unterstützen. Es geht vor allem und gerade im Bereich der Ausbildung darum, endlich mit der dringend benötigten Deregulierung Ernst zu machen.

(Beifall Rainer Pracht, CDU)

Was hier Ausbilden mit Ausfüllen von Formularen, Schreiben von Berichten und Übermitteln statistischer Daten zugemutet wird geht, auf Deutsch gesagt, auf keine Kuhhaut. Es ist schlicht eine Zumutung und wirkt nachhaltig sowohl wirtschafts- wie auch ausbildungsplatzfeindlich. Ich denke, gerade Sie beide, Herr Minister Dr. Ebnet und Herr Minister Selling, wissen aus zahlreichen Gesprächen mit Ausbildern genau, wovon ich rede. Hier muss dringend Ernst gemacht werden mit Deregulierung. Ich weiß, das sagen Sie zu Recht und Sie haben gestern hier auch wieder vorgetragen, Herr Minister Selling, dass es vor allem das Bundesrecht ist, was uns hier belastet. Aber da muss die Landesregierung mit allem Nachdruck im Bundesrat ihren Einfluss geltend machen, denn Ausbilder sollen ausbilden und sie sollen möglichst ihr Wissen und ihre Erfahrungen an die Auszubildenden vermitteln und sollen nicht dadurch daran gehindert werden, dass sie ständig irgendwelche Formulare ausfüllen und Berichte schreiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig, Herr Kollege!)

Schlüsselworte wie beispielsweise „lebenslanges Lernen“ müssen sich endlich auch in tatsächlichen rechtlichen Rahmenbedingungen widerspiegeln, um so den veränderten Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft gerecht zu werden. Dazu bietet die Beschlussempfehlung einen ersten Ansatz. Ich freue mich, dass es im Wirtschaftsausschuss gelungen ist, diese Beschlussempfehlung einstimmig zu verabschieden, und bitte Sie herzlich, die eben gegebenen Hinweise aufzugreifen, um die Ausbildungsplatzsituation dadurch zu erleichtern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Ute Schildt.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einleitend möchte ich den Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums für die Erarbeitung des Berufsbildungsberichtes 2003 meinen Dank aussprechen.

(Beifall Heike Polzin, SPD, und Dr. Martina Bunge, PDS)

Außenstehende mögen schnell urteilen, die Probleme 2003 sind doch schon Vergangenheit. Ja, das ist so. Trotzdem ist eine umfangreiche Analyse, die Bewertung der Wirksamkeit beschlossener Maßnahmen, ein gutes Fundament künftiger Entscheidungen. Insofern ist der Bericht gerade deshalb notwendig, da das Problem der Berufsausbildung für alle jungen Menschen, die wollen und können, immer noch nicht selbsttragend durch die Wirtschaft unseres Landes gelöst werden kann.

Zahlreiche Initiativen, Programme und finanzielle Absicherungen bleiben auch in den kommenden Jahren von

großer Bedeutung. In beiden Redebeiträgen ist schon darauf eingegangen worden. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Abgeordneten dieses Hohen Hauses mindestens zweimal jährlich mit dem Thema Berufsausbildung auseinander setzen. In der Aktuellen Stunde vom 15.09.2004 debattierten wir erstmals über den Nationalen Ausbildungsplatzpakt, der am 16. Juni zwischen Wirtschaft und Regierung für die Dauer von drei Jahren beschlossen wurde.

Erinnern wir uns kurz. Am 7. Mai 2004 war vom Bundestag das Gesetz zur Ausbildungsplatzabgabe verabschiedet worden. Es ist auf Eis gelegt, weil der Nationale Ausbildungsplatzpakt gemeinsam zwischen Wirtschaft und Bundesregierung zustande gekommen ist, und das ist gut so. Ziel ist es schließlich, allen jungen Menschen, die wollen und können, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Dazu sind in diesem Pakt gegenseitige Verpflichtungen zwischen Wirtschaft und Regierung beschlossen worden: die Ausbildungsleistung deutlich zu erhöhen, den Vermittlungsprozess eher zu beginnen, den einzelnen Jugendlichen stärker in den Fokus zu rücken, auch in der Bundesverwaltung 20 Prozent mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, ausbildungsorientierende Maßnahmen der Bundesanstalt in gleicher Höhe wie 2003 zu sichern. Die Wirtschaft verpflichtet sich, 30.000 neue Ausbildungsplätze bereitzustellen und 25 Plätze für Einstiegsqualifikationen. Das hörte sich alles am Beginn sehr hochtrabend, sehr fern von Realität an und so mancher von uns hat auch gezweifelt, ob sich das umsetzen lässt.

Meine Damen und Herren, das sind anspruchsvolle Ziele, die ernst genommen werden und nunmehr erfolgreich abgerechnet werden können. Für das Ausbildungsjahr 2004 wurden den Agenturen für Arbeit in der Bundesrepublik 519.800 Arbeitsplätze gemeldet. Das sind zwar 4,8 Prozent weniger als im Vorjahr, aber 573.000 Ausbildungsverträge wurden abgeschlossen. Das sind 2,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei den Vertragsabschlüssen waren es sogar 4,5 Prozent oder 22.500 Ausbildungsplätze mehr. Das liegt daran, dass viele Ausbildungsplätze den Agenturen gar nicht gemeldet wurden. Das heißt, es gibt auch immer eine Dunkelziffer im Hin und Her, das ist Tatsache. Das Problem ist so groß.

Wie viele junge Leute brauchen heute noch einen Ausbildungsplatz? Das müssen wir verzeichnen: Von 740.200 Bewerbern, die die Berufsausbildung zur Vermittlung einer Lehrstelle eingeschaltet haben, konnten bundesweit 44.600 Bewerber per 30.09. und 14.900 Bewerber per 31.12. noch nicht vermittelt werden. Von den im Pakt vereinbarten 25.000 Einstiegsqualifikationen stellte die Wirtschaft, man höre und staune, 31.500 zur Verfügung, die aber nur von 7.200 Jugendlichen genutzt wurden. Und wie sieht es im Land aus? Der Wirtschaftsminister hat schon Ausführungen darüber gemacht. Von den gemeldeten 26.222 Bewerbern bei den Agenturen für Arbeit waren bis Ende des Jahres 2004 322 noch nicht vermittelt.

Wie in den anderen Bundesländern werden die neuen Einstiegsqualifikationen umfangreich angeboten. Allein im IHK-Bereich Rostock waren es beispielsweise 130 Plätze, von denen noch 110 unbesetzt sind. Für diese Maßnahmen stellt das Unternehmen den Ausbildungsplatz, die Bundesanstalt die Vergütung in Höhe von 192 Euro monatlich zur Verfügung. Dieses Angebot scheint für zahlreiche Jugendliche nicht die erforderliche Attraktivität zu

haben, aber – der Minister hat es gesagt – es ist ein Einstieg in eine Berufsausbildung, ein Schritt in einen Selbstfindungsprozess, denn immerhin haben wir ja auch in der letzten Debatte darüber gesprochen, dass 25 Prozent der Jugendlichen schon nach kurzer Zeit den Ausbildungsplatz abgeben. Insofern ist diese Selbstfindungszeit eine sehr wichtige. Wir alle sollten diese Modelle auch an die jungen Leute herantragen, die heute noch ohne Ausbildungsstelle sind, und es als Chance für sie charakterisieren.

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die diesen Prozess offensiv und engagiert geführt haben. Das sind die zahlreichen Mitarbeiter in den IHK, den Handwerkskammern, den Agenturen für Arbeit und viele, viele in Verbänden und Vereinen, die sich mit der Früherorientierung, mit der Orientierung junger Menschen auf diesen Prozess beschäftigen. Eltern, Lehrern, all denen möchte ich danken, denn dass dieser Prozess so positiv geführt wurde mit diesem Ergebnis, das ist ein Erfolg, ein Erfolg des Nationalen Ausbildungsplatzpaktes, aber auch ein Erfolg der Arbeit der Menschen, die daran mitwirken.

Ich bin sehr froh, dass die Ausbildungsinitiative 2005 schon jetzt eingeläutet wurde. Der Minister hat sich dafür ausgesprochen. Das 3-Säulen-Modell soll auch in diesem Jahr weitergeführt werden und alle, die bisher am Nationalen Ausbildungsplatzpakt teilgenommen haben im Land, am Ausbildungsbündnis, werden sich weiter engagieren. Das ist auch gestern beim IHK-Empfang sehr deutlich geworden. Die Unternehmen haben begriffen, dass junge Leute mit einer guten Berufsausbildung ihre sicherste Investition in eine wirtschaftlich sichere Zukunft sind. In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schildt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Bunge von der PDS-Fraktion.

Dr. Martina Bunge, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Gäste! Die Vermittlung für das neue Ausbildungsjahr ist de facto abgeschlossen. Die gestrige Pressekonferenz des Landesausschusses für Berufsbildung und die Ausführungen des Wirtschaftsministers von heute zeigen, wie vielfältig und wie vielschichtig die Bemühungen waren. Ein herzliches Dankeschön auch von mir, von der PDS-Fraktion an alle Beteiligten.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
Torsten Koplin, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Unser gemeinsames Ziel, jeder und jedem einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, ist aber nur insofern erfüllt, dass kaum noch eine Jugendliche, ein Jugendlicher auf der Straße steht. Leider musste ein nicht unbeträchtlicher Teil der Ausbildungsplatzsuchenden mit diversen mehr oder weniger sinnvollen Maßnahmen vorlieb nehmen. Und so zeigt der uns vorliegende Bericht auch, dass die zu vermittelnden Jugendlichen immer älter werden. Somit stellt sich die Frage: Tun wir mit den vielfältigen Aktivitäten auch das Richtige, das, was die Jugendlichen brauchen, was die Wirtschaft braucht, was unser Gemeinwesen insgesamt braucht?

Wenn ich sage, die Berufsausbildung von heute bestimmt den Arbeitsmarkt von morgen, werden mir alle

noch zustimmen, denn allen ist klar, von hochwertiger Ausbildung hängt die Chance für Jugendliche ab, eine qualifizierte Arbeit zu bekommen, und hängt die Chance für Unternehmen ab, auf bedarfsgerechtes Personal zurückgreifen zu können. Wenn ich aber behaupte, die Herausforderungen, die Demographie, Globalisierung, Wirtschafts- und Technologieentwicklung künftig an uns stellen, verlangen eine kluge Vorausschau für die nötige Ausbildungsstruktur, so wittern viele Planwirtschaft. Doch wir werden nicht darum herumkommen, auf vernetzte Entwicklungen komplex zu reagieren, sonst setzen wir knappes Geld nicht effizient ein, sonst berauben wir Jugendliche wie Unternehmen ihrer Chancen, die die Zukunft zweifellos bietet.

Mittlerweile anerkannt ist, dass die Demographie künftig kräftig zuschlägt. Dafür gilt es aber, den Blick im Detail zu schärfen. Es reicht nicht, dabei stehen zu bleiben, dass die Jungen immer weniger, die Alten immer mehr werden. Bevölkerungsentwicklungen sind kein Naturereignis, das man wie einen Fetisch vor sich hertragen kann. Bevölkerungsentwicklung ist immer in gesellschaftliche Verhältnisse, die wesentlich durch Politik bestimmt werden, eingeordnet und die sich daraus ergebenden Bevölkerungsstrukturen zeigen uns erst Chancen und Risiken.

Bei den Geburten gehören Pillen- beziehungsweise Wendeknick zum Allgemeingut der Betrachtungen. Weniger im Blickfeld sind zum Beispiel Mauerbau und Wende für die differenzierte Betrachtung von Beschäftigungs- und Berufsstrukturen. Der Mauerbau zum Beispiel verursacht wesentlich das auf uns zukommende schubweise In-den-Ruhestand-Gehen der Ärzteschaft unseres Landes wie auch in den anderen neuen Bundesländern. Das ist heute nicht Thema, aber zu beachten. Die Wende determiniert die Bevölkerungsstruktur in doppelter Hinsicht. Mit dem enormen Rationalisierungsschub in Unternehmen und bei der Verschlankung der Verwaltungsstrukturen wurde in Rente beziehungsweise in Vorruhestand geschickt, was nur irgend ging. Das war auch richtig, um nicht Arbeitslose zu produzieren. Das brachte einen disproportionalen ungesunden Altersaufbau der Beschäftigungsstrukturen hervor. Regelrecht monolithische Blöcke entstanden, Strukturen ohne Eingangskurve, ohne Ausgangskurve. Und so kann kaum ein Älterer einem Jüngeren Platz machen. Wenn jetzt aber in den nächsten Jahren die Wendeendvierziger und -fünfziger in Rente gehen, ist es wieder abrupt. Für die Personalprobleme bei Verwaltungsreformen kann das hilfreich sein, aber generell trifft dieser schubweise Ersatzbedarf auf den Wendegeburtenknick, der jetzt ins Ausbildungsalter kommt. Ich denke, das ist eine Herausforderung.

Zu beachten ist auch, dass die Schübe für den Ersatzbedarf in den verschiedenen Branchen und Bereichen nicht unbedingt gleichzeitig auftreten und, und, und. Jede und jeder von Ihnen müsste mir eigentlich zustimmen: Weniger Jugendliche und Ersatzbedarf in Schüben plus neuartigem Bedarf für aufstrebende Cluster, das übersteigt den Weitblick einzelner Unternehmen. Ich denke, Vorausschau landesweit ist nötig, strategische Weitsicht. Die SÖSTRA-Studie, veranlasst durch das Arbeitsministerium, hat da einen guten Anfang gemacht. Ich denke, Berichte wie der uns heute vorliegende sind notwendig, doch wir sollten nicht dabei stehen bleiben. Den Ausbildungserfordernissen der Zukunft gerecht zu werden erfordert auch, qualitative Determinanten, wie die eben skizzierten, differenzierter zu betrachten, erfordert auch zu analysieren, ob Finanzströme den Erfordernissen genü-

gen. Brauchen wir zum Beispiel, um beim Thema zu bleiben, ähnliche Töpfe wie die Verbundausbildung, wie die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen? Gleichzeitig beklagen wir, dass Berufsfachschulen für bestimmte Berufe zum Teil Ersatzfunktionen einnehmen, was politisch nicht gewollt sei. Vielleicht fehlt hier auch etwas prinzipiell Neues. Das ließe sich meines Erachtens bei strategischem Vorausdenken näher bestimmen.

Der Bericht gibt viele Anregungen. Wir sollten diese bei unseren künftigen Diskussionen um das Thema Ausbildung unvoreingenommen beachten. Deshalb sollten wir den Bericht, der erstmalig vernünftigerweise nicht extern, sondern kostengünstig im Wirtschaftsministerium gefertigt wurde, nicht einfach beiseite legen. Vielleicht ist das auch eine kleine Referenz an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium, die diesen Kraftakt zu bewältigen hatten. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Torsten Koplin, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Bunge.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

In Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1514 empfiehlt der Wirtschaftsausschuss, die Unterrichtung der Landesregierung auf Drucksache 4/1395 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1514 einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung der Ziffern 2 und 3 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1514. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind auch die Ziffern 2 und 3 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1514 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Zwischenbericht zum Landesmarketing Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1268, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 4/1520.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Zwischenbericht zum Landesmarketing
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1268 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses
– Drucksache 4/1520 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Petters von der CDU-Fraktion.

Andreas Petters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1520 zum Zwischenbericht der Landesregierung zum Landesmarketing auf Drucksache 4/1268 liegt uns vor.

Ein österreichischer Hochschullehrer hat einmal gesagt: „In der Werbebranche wimmelt es von Leuten, die englischer sprechen, als sie Deutsch können.“ Auch der Begriff des Marketings stammt aus der englischen Sprache. Wie wir alle wissen, versteht man unter dem Begriff „Marketing“ die Orientierung der gesamten Struktur eines Unternehmens und seiner Planungsprozesse am Markt am Absatz der hergestellten Produkte.

In Deutschland gilt übrigens die Erfindung des Backpulvers durch Dr. Oetker – ein Unternehmen, das mittlerweile auch in diesem Lande, im Landkreis Ludwigslust, ansässig ist – als Geburtsstunde des Marketings. Durch massive Werbung gelang es seinerzeit, eine Marke zu schaffen und im Bewusstsein der Kunden zu verankern, eine Marke, die heute noch aktuell ist. Diese Erzeugung beziehungsweise Verankerung einer Marke im Bewusstsein der Menschen stellt ein zentrales Ziel auch der Landesmarketingkampagne dar. Vor diesem Hintergrund waren die Beratungen des Zwischenberichts der Landesregierung zum Landesmarketing im Wirtschaftsausschuss gekennzeichnet durch drei Schwerpunkte, die Eingang in die Ihnen, meine Damen und Herren, vorliegende Beschlussempfehlung gefunden haben:

Erstens ist zu betonen, dass ein landesweites Marketing notwendig ist. Die Erwartungen der Partner und der Landesmarketingkampagne, der Verbände und der Wirtschaft sind zukünftig Schritt für Schritt umzusetzen.

Zweitens müssen die Landesmarketingaktivitäten auf Schwerpunkte fokussiert werden. Die Bekanntheit und das Profil des Landes müssen insbesondere nach außen deutlich geschärft werden.

Drittens ist die zentrale Imagewerbung Mecklenburg-Vorpommerns auch im Jahre 2005 fortzusetzen und deutlich zu verstärken. Um schneller und flexibler auf Bedürfnisse des Landes reagieren zu können, soll die Landesregierung die Möglichkeit der Gründung einer privaten Marketinggesellschaft zügig prüfen. Eine solche Gesellschaft hätte den Vorteil, dass eine Einbeziehung der Wirtschaft schon auf institutioneller Ebene möglich wäre.

Ich will nicht verhehlen, dass im Ausschuss der bisherige Erfolg der Landesmarketingkampagne durchaus unterschiedlich eingeschätzt wurde. Gleichwohl hat sich der Wirtschaftsausschuss einstimmig – und ich betone, einstimmig – auf die vorliegende Beschlussempfehlung verständigt und das spricht aus meiner Sicht für die gute Zusammenarbeit im Wirtschaftsausschuss dieses Hohen Hauses.

Ich möchte mich bei Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, für die sachlichen und konstruktiven Beratungen bedanken. Mein Dank gilt selbstverständlich auch dem Wirtschaftsministerium für die Unterstützung der Ausschussarbeit und dem Leiter der Landesmarketingkampagne Herrn Gläss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen und im Auftrag des Wirtschaftsausschusses bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu der vorliegenden Beschlussempfehlung. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Petters.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort hat zunächst gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind mit unserer Imagekampagne sicher noch nicht am Ziel. Ich denke, wir sind aber mit unserer Imagekampagne für das Land doch deutlich vorangekommen. Man könnte auch sagen, das Fundament ist gelegt und der Rohbau der Kampagne steht. Fertig ist der Bau sicher noch nicht. Eine wichtige Rolle dabei spielt die Projektgruppe Landesmarketing, die seit Mai 2004 arbeitet. Hier laufen die Fäden zusammen. Wir haben ein einheitliches und unverwechselbares Erscheinungsbild für Mecklenburg-Vorpommern und wir haben es geschafft, alle wichtigen Vertreter aus Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Ernährung und Kultur an einen Tisch zu bekommen. Alle stehen hinter der Idee „MV tut gut.“ und haben sich unter dem Dach der Landesmarketingkampagne zusammengefunden, um sich gemeinsam für Mecklenburg-Vorpommern zu engagieren.

Darüber hinaus wurde eine schlüssige und professionelle Werbung für das Land entwickelt. Das erste Motiv, das gleichzeitig Auftakt für die Landesmarketingkampagne war, ist vor einigen Monaten im „GEO Spezial Deutsche Ostsee“ erschienen. Die Resonanz auf dieses Sonderheft, das ja nicht billig zu erwerben ist, war groß, besonders in den Zielregionen, den Ballungsräumen Rhein-Ruhr, Rhein-Main und Berlin. Das ist ein sehr gutes Zeichen für die Kampagne.

Meine Damen und Herren, wir alle mussten die gesunkenen Tourismuszahlen in diesem Jahr leidvoll zur Kenntnis nehmen. Viele Menschen entscheiden sich jetzt in den Wintermonaten Dezember, Januar, Februar, wohin es im Sommer gehen soll. Um diesen wichtigen Zeitraum für die Urlaubsentscheidungen 2005 für Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen, wurde ein Kinospot in kurzer Zeit konzipiert und umgesetzt, der Werbung für unser Land macht. Im Dezember 2004 wurde er in Sachsen und in den alten Bundesländern ausgestrahlt. Knapp 700.000 Menschen haben ihn gesehen. Im Februar wird er erneut in den Kinos laufen und ich hoffe, dass wir noch einmal so viele Menschen erreichen werden.

Meine Damen und Herren, die Landesmarketingkampagne beginnt zu wirken und immer mehr wollen mitmachen. Auf dem Unternehmertag am 30. September 2004 in Neubrandenburg nahmen die Unternehmer die Landesmarketingkampagne zum Anlass, unter dem Motto „Made in M-V“ konstruktiv zu diskutieren, wie sie gemeinsam die Marke Mecklenburg-Vorpommern stärken können. Auch der Dialog mit den Hochschulen läuft an, die die Landesmarketingkampagne unterstützen wollen. Das ist wichtig, denn wir brauchen die Unterstützung aus dem Land für die Kampagne. Eine der Hauptaufgaben 2004 war es deshalb, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in die Kampagne einzubeziehen, denn das ist die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg. Nur wenn die Menschen im Land an die Stärken Mecklenburg-Vorpommerns glauben und die Kampagne mittragen, kann sie funktionieren. Wir wollen, dass jeder Bürger Mecklenburg-Vorpommerns ein Botschafter seines Landes ist.

Ein erstes erfolgreiches Ergebnis der Landesmarketingkampagne ist für mich das Unternehmensmagazin

„[‘em vau]“, das erstmals im vergangenen September erschienen ist. Es wurde an rund 2.000 Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und den Medien in Deutschland und Europa und vor allem im Ostseeraum versandt. Außerdem lag das Magazin im Dezember in den Abteilen der ersten Klasse der Bahn aus, und zwar in den Zügen auf den Hauptstrecken Nord-Süd und West-Ost. Jetzt im Januar liegt unser Magazin in den Senator- und Businesslounges der Lufthansa aus. Im Magazin finden sich Erfolgs geschichten aus Mecklenburg-Vorpommern, Geschichten von engagierten und erfolgreichen Unternehmerinnen und Unternehmern, die eine Idee und auch den Mut hatten, sie umzusetzen. Die Geschichten der Unternehmer stehen stellvertretend für das, was auch die Landesmarketingkampagne transportieren soll. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es Chancen und es gibt Menschen, die diese Chancen nutzen. Mit diesen Erfolgsbeispielen soll deutlich gemacht werden, dass unser Land ein attraktiver Wirtschafts- und Innovationsstandort ist.

Meine Damen und Herren, eine wichtige Säule der Kampagne wird auch in diesem Jahr sein, die Menschen in diesem Land anzusprechen und zum Mitmachen zu bewegen. Ab Mitte Februar 2005 läuft landesweit eine Postkartenaktion an, verbunden mit einem Gewinnspiel. Dabei geht es darum, den Halbsatz „MV tut gut, weil ...“ durch einen persönlichen Beitrag zu ergänzen. Die besten Ergebnisse können wir vielleicht sogar in der Werbung für unser Land verwenden. Diese Aktion wird durch die regionalen Zeitungen und den Radiosender „Antenne Mecklenburg-Vorpommern“ unterstützt, so dass wir möglichst viele erreichen können.

Einen Ideenwettbewerb soll es auch im Bereich Film geben. Wir wollen einen Kinospotwettbewerb starten, wo die besten Beiträge gesucht werden, gleich ob im Bereich Kultur, Tourismus, Forschung oder in anderen Bereichen. Jeder kann mitmachen. Und vielleicht haben die Menschen im Land auch da wieder Ideen, die sich für die Werbung für Mecklenburg-Vorpommern anbieten. Darüber hinaus soll ein Netzwerk „Pro MV“ entstehen. Damit wollen wir Kooperationspartner und prominente Fürsprecher aktivieren, die der Kampagne ein Gesicht geben können. Das Knüpfen solcher Netzwerke ist wichtig, wenn wir wollen, dass die Landesmarketingkampagne nicht nur eine Kampagne der Landesregierung, sondern des ganzen Landes wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, wir werden unsere Internetseite weiterentwickeln. Wir werden auch Plakatwerbung in den Ballungsräumen, wo unsere Zielgruppen leben, einsetzen, um das Land Mecklenburg-Vorpommern dort bekannter zu machen. Wir werden daran arbeiten, überregional bedeutsame Kulturveranstaltungen besser zu vermarkten. Wir haben hervorragende Angebote im Land, die mehr Aufmerksamkeit verdienen. Wir müssen unser kulturelles Potential aber auch stärker für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nutzen. Und wir wollen auch in diesem Jahr erneut eine Ausgabe des Unternehmensmagazins' „[‘em vau]“ herausbringen. Die erscheint mit einem Schwerpunkt Ernährungswirtschaft. Daneben wird es darum gehen, auch mit redaktionellen Beiträgen in anderen Publikationen für das Land zu werben.

Meine Damen und Herren, wir sind mit unserer Imagekampagne für das Land deutlich vorangekommen und

das hat auch etwas mit der Projektgruppe Landesmarketing zu tun, die gute Arbeit leistet.

(Beifall Mathias Brodkorb, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

Wir sind aber auch in anderen Bereichen vorangekommen. Die Imagekampagne und das Landesmarketing beziehen zum Beispiel auch Veranstaltungen ein, die in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden werden, wie im Jahr 2007 der Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm. Auch das ist eine Imagekampagne für Mecklenburg-Vorpommern, auch das ist Landesmarketing für Mecklenburg-Vorpommern und auch das wird gut tun. Wir werden der Welt zeigen, dass M-V gut tut.

Meine Damen und Herren, aktuell steht die Frage an, ob wir die diesjährige Organisationsform beibehalten sollen oder besser auf privatwirtschaftlicher Basis arbeiten und eine GmbH gründen. Eine Marketing GmbH Mecklenburg-Vorpommern hätte den Vorteil einer sicher größeren Flexibilität. Die Entscheidungswege und Reaktionszeiten würden sich verkürzen und über eine privatrechtliche Konstruktion wäre es auch leichter, Partner aus der Wirtschaft einzubinden. Ich freue mich, dass uns die vorliegende Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses darin unterstützt, diesen Weg zu prüfen. Wir müssen uns die Sache genau ansehen! Aber wenn sich herausstellt, dass die GmbH die bessere Lösung ist – und ich vermute, das wird sich herausstellen –, sollten wir auch entsprechend handeln. Schließlich geht es darum, Mecklenburg-Vorpommern weiter voranzubringen, und da sind die besten Lösungen gerade richtig. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petters von der CDU-Fraktion.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Landesmarketing ist in etwa so alt wie das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein Blick in die Parlamentsdatenbank verrät bei der Eingabe des Begriffes „Marketing“ recht schnell, dass sich der Souverän bereits im Jahre 1993 mit der Vermarktung des Landes beschäftigt hat.

Eine kleine Anfrage des damaligen SPD-Abgeordneten Beckmann bezog sich auf den 3. Fremdenverkehrstag – wie man weiß, heißt das heute Tourismustag –, in Neubrandenburg. Auf der damaligen Tagung im Dezember des Jahres 1993 wurde die Tourismuskonzeption für Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt, Frau Kollegin Mahr. Darin wurde bekannt gegeben, dass eine „Nordost-deutsche Fremdenverkehrs- und Marketinggesellschaft mbH ... für den Landesfremdenverkehrsverband Aufgaben des Außenmarketing, Imagewerbung für das Land und seine touristischen Regionen übernommen hat.“ Auf die Frage nach den Gesellschaftern wurde interessanterweise geantwortet, dass der Landesfremdenverkehrsverband mit einer Mehrheit des Kapitals von 61 Prozent beteiligt ist und die restliche Stammeinlage von privaten Personen gehalten wird. Zur privatrechtlichen Ausgestaltung des Landesmarketings werde ich im Laufe der Rede noch etwas sagen.

Die Landesregierung hat auf der Drucksache 4/1268 einen „Zwischenbericht zum Landesmarketing Mecklen-

burg-Vorpommern“ vorgelegt. Ein entsprechender Bericht wurde ausführlich im Ausschuss, wie ich bereits in der Einbringungsrede gesagt habe, diskutiert und liegt heute hier zur Abstimmung vor. Die Notwendigkeit eines landesweiten Marketings ist aus meiner Sicht unumstritten. Die Frage ist also nicht, ob es ein einheitliches Erscheinungsbild des Landes geben muss, sondern nur, wie dieses in der Praxis ausgestaltet und eingesetzt werden muss.

„MV tut gut.“ – und das kann ich Ihnen leider nicht ersparen, Herr Minister – auf einer Schnapsflasche einzusetzen, wie dieses erst vor rund zehn Tagen zu lesen war, kann nicht das ernsthafte Anliegen der Landesregierung sein. Mein lieber Kollege Harry Glawe hat sich aus gesundheitspolitischer Sicht entsprechend geäußert, aber auch aus touristischer Sicht kann ich dem Werben mit Hochprozentigem für unser Urlaubsland beim besten Willen nichts abgewinnen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Somit, meine Damen und Herren, muss man sich auch einmal das Produkt anschauen, bevor man diesen Stempel draufdrückt.

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU)

Meine Damen und Herren, das Tun und Handeln der Landesregierung kritisch zu begleiten ist der verfassungsmäßige Auftrag der Opposition. Wenn also die Kritik wie im vorliegenden Fall mit der Schnapsflasche einmal heftiger ausfällt, bedeutet dies nicht im gleichen Atemzug, dass Bemühungen der Landesregierung um die Schaffung einer Dachmarke grundsätzlich abgelehnt werden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Ganz im Gegenteil, die CDU hat die Forderung nach einem einheitlichen Außenbild seit acht Jahren als Forderung vor sich hergetragen.

(Beifall Harry Glawe, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Wie Sie wissen, Herr Minister, haben wir dieses Thema fast jeden Monat auf der Tagesordnung.

Die Marke Mecklenburg-Vorpommern nach innen und außen deutlich zu schärfen ist ein Kernanliegen der im Wirtschaftsausschuss erarbeiteten und einstimmig verabschiedeten Beschlussempfehlung. Ob das Herausheben der standortprägenden Eigenschaften wie Tourismus, Ernährung und Landwirtschaft, Bildung und Kultur sowie des Gesundheitslandes mit dem Slogan gelingt, wird sich zeigen. Was ich aber hier in besonderem Maße hervorheben möchte, ist das, was der Minister sagte, dass sich jeder von uns für diese Kampagne einsetzen sollte. Und ich mache das auch gerne, insbesondere die Aktivitäten des Landwirtschaftsministers Till Backhaus auf der Grünen Woche hier zu loben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

weil ich sagen muss, bei allen unterschiedlichen Themen habe ich persönlich gesehen, wie sich dieser Mann, dieser Minister, dort als Persönlichkeit für unser Land eingesetzt hat. Mit ganzer Kraft hat er Persönlichkeiten aus Europa und der ganzen Welt durch unsere Halle geführt. Ich muss zu dieser Kraftanstrengung noch einmal sagen: Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Wichtig ist bei diesem Thema, und das wurde von den Mitgliedern der CDU-Fraktion im Ausschuss immer wieder unterstrichen, dass es im Kern um eine deutliche Verbesserung des Images des Landes nach innen und außen geht. Marketing ist für das Land sinnvoll und notwendig! Genauso sinnvoll und notwendig scheint mir jedoch auch die Voraussetzung zur Überführung in eine privatrechtliche Gesellschaft zu sein. Die sich seitens der Landesregierung im Bericht selbst auferlegte Zielstellung, mittelfristig ein Public-Private-Partnership-Projekt zu initiieren, darf nicht nur eine Absichtserklärung sein, sondern muss auch in die Realität umgesetzt werden, wenn die Eckpunkte, die betriebswirtschaftlichen Daten vorteilhaft für unser Land sind. Denn letztlich geht es darum, die privatgesellschaftliche Struktur als Vorteil anzusehen, um private Kapitaleleistungen und Gesellschafter einzuwerben.

Bei diesem Ziel, meine Damen und Herren, lässt es die Landesregierung aus meiner Sicht noch an der nötigen Zielstrebigkeit fehlen. Sie können aber sicher sein, dass die Opposition die Dinge im Auge behält und Sie beizeiten auch an wichtige Themen erinnert. Wir wünschen uns schon bald einen weiteren Zwischenbericht. – Vielen Dank.

(Beifall Harry Glawe, CDU
und Jörg Vierkant, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Petters.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Petters, Sie haben ja mit der Chronik schon einmal angefangen und sind bis in die 90er Jahre zurückgegangen. Meine Chronik fängt laut meiner Rede heute am 29.03.2003 an. An diesem Tag haben wir als Koalitionsfraktionen mit dem SPD-PDS-Antrag: „MV tut gut“ – Imagewerbung für das Land umfassend fortsetzen – Vorzüge des Landes noch besser präsentieren“ hier für meine Begriffe den Startschuss gesetzt für diese Kampagne.

(Heiterkeit bei Andreas Petters, CDU)

Und ich möchte noch einmal daran erinnern, dass mit einer Stimme der CDU und den Stimmen von SPD und PDS dieser Antrag, dieser Arbeitsauftrag auf den Weg gegangen ist. Leider hat sich die CDU zu dem Zeitpunkt enthalten. Das habe ich erst jetzt nachgelesen und es ist mir erst jetzt richtig bewusst geworden. Es wurde nicht einmal dagegengestimmt und das ist ja schon was wert.

Am 23.12.2003 hat die Agentur ECC Kothes Klewes aus Berlin, der heutige Name ist Pleon Kothes Klewes, die Ausschreibung gewonnen. Sie wurde beauftragt mit der Erarbeitung eines Konzeptes und das wurde in einem Workshop am 05.03.2004 bei einer Auftaktveranstaltung vorgestellt. Und ich denke, seitdem am 10.05.2004 die Projektgruppe Landesmarketing unter Federführung des Wirtschaftsministeriums die Arbeit aufgenommen hat, ist sehr, sehr viel passiert. Wir als Abgeordnete, alle Vertreter der Wirtschaft und der Verbände haben sich in diese Kampagne eingeklinkt. Sie haben sie verinnerlicht und versucht, diese Kampagne in ihr Wirken aufzunehmen. Es

ist ja so wichtig, dass eine Kampagne lebt, dass sie im Lande aufgegriffen wird. Das war ja der Ansatz, den wir am 29.03.2003 mit diesem Antrag gestellt haben. Wir haben gesagt, die Menschen unseres Landes müssen sich unter einer Marke wieder finden, sie müssen sich damit identifizieren, um nach außen als Botschafter auftreten zu können.

Nun ist „MV tut gut.“ der Slogan geworden, die Marke ist Mecklenburg-Vorpommern. Aber in so kurzer Zeit lebt diese Marke, das haben wir bereits an vielen verschiedenen Events gemerkt. Ich möchte zum Beispiel daran erinnern, dass wir als Agrarausschuss in Dänemark bei NETTO den Agrarmarketingverein getroffen haben, die ja ganz bewusst Produkte unseres Landes unter einer Flagge vermarkten wollten. Da ist ganz deutlich geworden, nicht Ludwigsuster Wurst oder Mecklenburger treten auf, sondern Mecklenburg-Vorpommern. Diese Marke gilt es hier zu vermarkten!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Detlef Müller, SPD: Genau.)

Das war im September vergangenen Jahres, und zwar drei Monate nachdem dieses Konzept auf den Weg gegangen ist.

Sie haben schon die Grüne Woche angesprochen, Herr Petters. Wir haben dort in unserer Halle, denke ich, eine hervorragende Präsentation. Jeder, der sie gesehen hat, ist stolz darauf in Mecklenburg-Vorpommern zu Hause zu sein.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Andreas Petters, CDU)

Der Eingang jeder Halle ist mit dem Slogan „Mecklenburg-Vorpommern – MV tut gut.“ ganz klar gekennzeichnet. Und jeder, der zu uns zu Besuch kommt, ob nun die Bürger unseres Landes oder Gäste anderer Bundesländer und fremder Länder, wird so begrüßt. Das ist Kampagne, das ist lebende Kampagne!

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir haben die Ausstellung Boot, wir haben eine Kampagne gestartet „Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern“. All das passiert unter der Marke „Mecklenburg-Vorpommern – MV tut gut.“ Es wird kein Schritt gegangen, ohne das zu berücksichtigen. In den Werbeprospekten unserer Unternehmen – ich denke an die Grüne Woche, ich habe Herrn Bloching dort getroffen, und Herr Bloching hat mir ein Prospekt seines Hauses in die Hand gedrückt – findet sich die Kampagne ganz deutlich wieder, sogar mit Symbolen, die in unseren Unterlagen stehen. Und so muss es sein! Wir müssen ein Erscheinungsbild nach außen haben, wir müssen das Land Mecklenburg-Vorpommern als Marke vermarkten!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und deshalb, meine Damen und Herren, weil wir diese ersten Ergebnisse haben, sagen wir als Fraktion der SPD, die Kampagne ist gut angelaufen.

(Detlef Müller, SPD: Genau.)

Das ist leider eine Aussage, die wir im Ausschuss nicht gemeinsam in die Beschlussempfehlung bringen konnten. Das bedauere ich. Ich bin aber sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist, gemeinsam mit allen drei Fraktionen im

Ausschuss den von Herrn Petters dargestellten Beschlussentwurf so zu beschließen, einstimmig zu beschließen, um damit die Kampagne weiterzuführen, sie auf einen Weg zu bringen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und die Empfehlung, eine GmbH zu bilden, hat doch das Ziel, die Wirtschaft – die ja unsere Botschafter sein müssen, indem was sie tun – mit den Produkten, die sie anbieten, voll ins Boot zu holen und zu sagen, die Kampagne lebt dadurch.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. Sehr richtig, sie lebt.)

Ich bin davon überzeugt, dass der Start gelungen ist und dass die Agentur eine hervorragende Arbeit geleistet hat. Es gibt noch sehr viel zu tun, aber wir sind auf einem guten Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Bunge von der PDS-Fraktion.

Dr. Martina Bunge, PDS: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mecklenburg-Vorpommern als moderner und zukunftsorientierter Standort, als Urlaubs-, Gesundheits- und Kulturland soll in die Welt getragen werden. Das Mittel ist die Landesmarketingkampagne.

Sie erlauben mir, aus einem kleinen Faltblatt der Projektgruppe Landesmarketing zu zitieren, die die Aufgabe wie folgt beschreibt: „Die zahlreichen Facetten des Landes Mecklenburg-Vorpommern fassen wir mit der Botschaft ‚MV tut gut‘ zusammen, denn klare Worte sind besser als lange Erklärungen. Eine Kampagne für das ganze Land.“

(Heiterkeit bei Andreas Petters, CDU)

Ja, Herr Petters,

(Andreas Petters, CDU: Hier bin ich.)

wir basteln schon seit längerem an der Vermarktung des Landes herum. Das ist, meine ich, nicht ungewöhnlich. Marken zu prägen, zu finden, was das Land einerseits am deutlichsten kennzeichnet, was andererseits am besten wahrgenommen wird, ist nicht von heute auf morgen gemacht. Ich denke, die Evaluierung von „MV tut gut.“ unter der Dachmarke Mecklenburg-Vorpommern, die der vorliegende Zwischenbericht vorstellt, hat einen gehörigen Schub gebracht. Ich meine, ich habe es so empfunden, es war sichtbar, es war erlebbar, es war spürbar, nachdem man auf der Grünen Woche durch viele Hallen – durch viel Kleinteiliges, wo man immer wieder gucken musste, wo ist man denn jetzt plötzlich – in die Halle von Mecklenburg-Vorpommern kam, kam man nach Hause. Ein toller blauer wolken- und sonnenüberfluteter Himmel und dann „Mecklenburg-Vorpommern – MV tut gut.“, das war eine klare Botschaft, das Outfit, aber auch die dort agierenden Personen und Persönlichkeiten.

Bei der Landesmarketingkampagne sind jetzt die Strukturen für einen einheitlich abgestimmten Auftritt, für einen effektiven Mitteleinsatz und für steigende kommunikative Kraft geschaffen worden. Und was außerordentlich wichtig ist, Wirtschaft, Unternehmen, Einrichtungen und

Verbände stehen dahinter und machen trotz vielschichtiger Interessen, das ist ja nicht konfliktfrei, mit. 2005 werden Pflöcke gesetzt werden müssen, und zwar Pflöcke an sichtbaren Ergebnissen, und das sind vor allen Dingen Arbeitsplätze. Nagelprobe wird aber auch sein, wie es gelingt, das Management für die Kampagne und für die Markenpflege in eine privatrechtliche Struktur zu überführen. Auch ich bin froh, dass der Wirtschaftsausschuss einstimmig die Landesmarketingkampagne unterstützt und in einem Beschluss manifestiert. Man sieht, dass wir alle gemeinsam ein Ziel haben und wir auf einem guten Weg sind. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Bunge.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

In Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1520 empfiehlt der Wirtschaftsausschuss, die Unterrichtung der Landesregierung auf Drucksache 4/1268 verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1520 einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1520. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1520 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2003 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes, auf Drucksache 4/1478 einschließlich Berichtigung auf Drucksache 4/1524.

**Antrag der Finanzministerin:
Entlastung der Landesregierung
für das Haushaltsjahr 2003
– Vorlage der Haushaltsrechnung
und Vermögensübersicht des Landes –
– Drucksache 4/1478 –**

**Berichtigung
– Drucksache 4/1524 –**

Das Wort zur Begründung wurde nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Finanzministerin auf Drucksache 4/1478 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 4/1524 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Weitere Ausgestaltung der Konversion in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/1501.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Weitere Ausgestaltung der Konversion
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1501 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas Schwarz von der Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Konversionslinien fortzuschreiben, um die Standortkonversion voranzubringen, war und ist eine Forderung der Koalitionsfraktionen. Bereits Ende 2003 haben wir uns darauf verständigt, was dann auch in einem Antrag „Leitlinien für Konversion“ am 29.01.2004 seinen Niederschlag fand. Das heißt, lange bevor die zweite Strukturreform der Bundeswehr ins Gespräch beziehungsweise an die Öffentlichkeit kam, haben wir uns Gedanken darüber gemacht: Wie geht es weiter mit den von der Konversion betroffenen Kommunen? Wie können wir sie unterstützen? Wie können wir helfen? Natürlich alles im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Deshalb danke ich der Landesregierung für ihr Engagement bei der Erarbeitung beziehungsweise Fortschreibung der Konversionsleitlinien. Diese bilden aus Landessicht eine gute Grundlage für Konversion.

Warum wollen wir diesen Antrag? Eine Schließung von Bundeswehrstandorten entzieht besonders dem ländlichen Raum eine wichtige wirtschaftliche Basis, mindert die Auslastung der technischen und sozialen Infrastruktur, des Wohnungsbestandes, des Handels, befördert die Abwanderung und destabilisiert die Standortkommunen nachhaltig.

Was ist die Botschaft dieses Antrages? Mittels einer Konversionspartnerschaft zwischen Bundeswehr, Bundesvermögensverwaltung, Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und den von der Schließung betroffenen Standortkommunen sollen zugunsten maximaler Konversionseffekte die Kräfte gebündelt, die Kompetenzen und Handlungsspielräume ausgeschöpft sowie die Konversionslasten angemessen verteilt werden. Die Kommunen brauchen diese Partnerschaft für ihre Initiativen, um Konversion gleitend auszuführen sowie frühzeitig und langfristig neue zivile Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich bitte im Namen der Koalitionsfraktionen um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schwarz.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

(Rainer Pracht, CDU: Erst mal Luft holen.
Hol erst mal Luft! – Harry Glawe, CDU:
Wir können ja noch fünf Minuten Pause
machen. – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen erinnert mich etwas an eine, wie wir das täglich angepriesen bekommen, Pauschalreise. Das hängt nicht etwa damit zusammen, dass viele von uns ab morgen sich im Urlaub befinden,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Ab übermorgen.)

sondern es ist quasi ein Rundum-sorglos-Paket,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Will er uns
unseren Urlaub jetzt in Abrede stellen, oder was?!)

das von den Koalitionsfraktionen gebucht und von der Landesregierung nach dem Motto „all inclusive“ vorgelegt wurde. Auf der Drucksache 4/1486 vom 10. Januar 2005 legt uns die Landesregierung eine Unterrichtung zur Konversion in Mecklenburg-Vorpommern vor. Diese Unterrichtung enthält die Leitlinien als Grundlage für ein abgestimmtes Handeln aller zuständigen Ministerien im Bereich der Konversion. Und ganze zwei Tage später, Herr Kollege Schwarz, erreicht uns am 12. Januar 2005 auf Drucksache 4/1501 der passende wegweisende Antrag,

(Peter Ritter, PDS: Weil für uns das Thema
bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist.)

um den Koalitionsfraktionen die Möglichkeit einzuräumen, der Landesregierung entsprechend nachhaltig zu huldigen.

(Peter Ritter, PDS: Das machen
wir sehr gerne in diesem Falle.)

Das weiß ich, dass Sie das gern machen, Kollege Ritter. Das ist ja kein Geheimnis.

(Peter Ritter, PDS: In diesem Falle.)

Sonst huldigen Sie doch auch gern der Landesregierung.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Oder nicht?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Dabei ist aber Konversion ein sehr ernstes Thema. Es geht um nicht weniger, als die Folgen politischer Entscheidungen bei der Schließung von Bundeswehrstandorten durch wiederum politisches Handeln für die betroffenen Kommunen abzumildern.

Der vorliegende Antrag wird der Ernsthaftigkeit dieses Themas, Kollege Schwarz, ich muss das leider so sagen, nur sehr bedingt gerecht, beschreibt er doch – siehe Punkt 1 Ihres Antrages – Selbstverständlichkeiten. Zumindest nach meinem Verständnis ist es ureigenste Aufgabe der Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für den Erhalt bestehender Bundeswehrstandorte einzusetzen.

Auch die unter Punkt 3 geforderte flexible und schnelle Verwertung freigezogener Flächen ist doch geradezu eine selbstverständliche Pflichtaufgabe einer ordnungsgemäßen staatlichen Verwaltung. Während ich bei Punkt 4 und 5 durchaus den guten Willen der Akteure erkennen kann, so muss ich mich der Forderung unter Punkt 2 nach der zügigen Umsetzung der Konversionsleitlinien doch ein wenig genauer widmen.

Das in zwölf Punkte untergliederte Konzept der Landesregierung hat schon so etwas von Realsatire.

(Peter Ritter, PDS: Na, na, na, na!)

So fordert Punkt 3 als Antwort auf Standortschließungen beispielsweise, ich zitiere: „Da ein angemessener Ausgleich nur in einem erweiterten Spektrum strukturwirksamer Fördermaßnahmen innerhalb von Regionen erfolgen kann, werden kommunale Konzepte zur Konversion in die Förderung einbezogen.“ Vielleicht kann, nachdem es der Kollege Schwarz nicht vermocht hat – ich habe ja schon gelauscht, bevor ich wieder im Saal war –, an seiner Stelle der Wirtschaftsminister zu meiner Erhellung beitragen und diesen nebulös bürokratisch klingenden Satz mit den sich daraus ergebenden praktischen Handlungsoptionen einmal übersetzen. Ich bin sehr gespannt, was wir dann hier konkret zu hören bekommen.

Und wenn Sie, Herr Minister Ebnet, dann schon dabei sind, könnten Sie vielleicht auch gleich einmal konkretisieren, um welche Behörden es sich in Punkt 7 handelt, die als Ausgleich in ehemaligen Standortkommunen angesiedelt werden sollen, und wie Sie das mit den Bestrebungen – heute haben Sie das Pech, dass ich zum zweiten Mal in die Lage komme, darauf zu verweisen, dass rechts jetzt nur noch durch den Ministerpräsidenten getrennt der Minister sitzt, der sich uns gestern als Deregulierungsminister vorgestellt hat – mit Ihrem verehrten Herrn Ministerkollegen vereinbaren wollen zu deregulieren, Behörden einzusparen, damit ja auch Stellen einzusparen, wobei wir Sie nach Kräften unterstützen. Und nun schreibt Ihnen der verehrte Kollege Schwarz hinein in seinen schönen Antrag, unterstützt durch den Kollegen Ritter,

(Peter Ritter, PDS: Hier!)

dass Sie an diesen Standorten zusätzliche Behörden ansiedeln wollen. Also ich wüsste mal gern, welche Behörden das sind, ob Sie jetzt neue erfinden müssen und was dann der verehrte Kollege Deregulierungsminister, Herr Justizminister Sellering, dazu sagt.

Der vorliegende Antrag fordert auch, den Punkt 11 der Unterrichtung durch die Landesregierung umzusetzen. Ich zitiere Punkt 11: „Der durch Schließung von Übungsplätzen, Munitionsplätzen und sonstigen militärischen Großflächen freiwerdender Naturraum soll verstärkt als Ressource für Land- und Ernährungswirtschaft, alternative Energiegewinnung und Stabilisierung wirtschaftlicher Kreisläufe im ländlichen Raum genutzt werden.“ Sprich, wir schließen militärische Anlagen und schaffen dadurch Naturraum, der wirtschaftliche Kreisläufe im ländlichen Raum stabilisieren soll. Also das ist ja nun schon fast ein Zauberstück, was Sie uns hier bieten, nein, ich muss sagen, was der Kollege Schwarz Ihnen abverlangt. Und ich hoffe, dass er Ihnen auch gleich gesagt hat, wie Sie denn diese Zauberei erfolgreich so überstehen sollen, dass wir nicht merken, dass da sehr viel heiße Luft bei der Formulierung des Antrages mitgewirkt hat.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir haben aber noch was gemacht. Sie haben nicht mal einen fertig gekriegt.)

Aus Punkt 12 der Unterrichtung, Frau Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

zumindest aus Punkt 12 der Unterrichtung ...

Das mag ja nun wirklich an mir liegen. Das gebe ich gern zu. Da werde ich nicht schlaue,

(Barbara Borchardt, PDS:
Ist heute der Tag der Selbstkritik?)

aber ich hoffe, dass es allen anderen anders geht.

Satz 1 bekundet den Willen der Landesregierung, sich über eine interministerielle Arbeitsgruppe „Standortkonversion“ gezielt um die Probleme einzelner Konversionsstandorte zu kümmern. Satz 2 relativiert allerdings schon wieder dieses Ziel, denn dort heißt es nur noch, dass Gemeinden bei den anstehenden schwierigen Fragen Hilfe angeboten werden soll. Und Satz 3 letztendlich verweist auf die kommunale Selbstverwaltung und überlässt nach dem Motto „Macht euren Kram doch alleine!“ die Federführung für die Entwicklung des Standortes den betroffenen Gemeinden.

Um das hier mal ganz klar zu sagen: Kommunale Selbstverwaltung Ja, ohne Wenn und Aber, aber zu einem Hinausstehlen aus der Verantwortung für zu verantwortende Probleme sagen wir ganz entschieden Nein.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen und insbesondere verehrter Kollege Schwarz, der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen richtet zwar keinen nachhaltigen Schaden an – das ist ja immerhin auch schon etwas –,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

aber er hilft uns auch nicht wirklich beim Thema Konversion weiter. Insbesondere der der Konversion zugrunde liegenden Problematik der Schließung von Standorten widmet die Landesregierung ein zu geringes Augenmerk

(Beifall Andreas Petters, CDU)

und hier hätte ich gern von den Antragstellern sehr viel konkretere Aussagen gehabt, vor allen Dingen die Landesregierung deutlicher in die Pflicht genommen gewusst. Sorgen Sie doch bitte schlicht und einfach dafür, dass es nicht mehr zu derartigen Problemen kommt und die Standorte der Bundeswehr im Land Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleiben! Dann brauchen wir uns nämlich nicht über Anträge der vorliegenden Qualität zu unterhalten und schon gar nicht darüber abzustimmen.

Ansonsten, denke ich, Herr Kollege Schwarz, ist dieser Antrag zu sehr an der Oberfläche langgeschraubt. Es reicht nicht aus, der Regierung zu sagen, das ist doch alles schön, was ihr macht, berichtet mal schön weiter. Nein, ich glaube, an den betroffenen Standorten wird von uns mehr erwartet,

(Peter Ritter, PDS: Ja, von der
CDU allemal. Das stimmt schon.)

vom Landesgesetzgeber und von der Landesregierung. Und es wird mehr erwartet, als Sie ihr offensichtlich zutrauen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr verehrter Herr Dr. Born, ich würde Sie wirklich mal recht herzlich nach Stavenhagen einladen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja!)

dann kann ich Ihnen mal zeigen, was die Regierung bisher getan hat, um die Kommune bei der Bewältigung der Konversionslasten zu unterstützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Thomas Schwarz, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Aber Sie kennen mich und meine kritische und selbstkritische Herangehensweise.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich sage natürlich auch heute hier: Es ist noch viel zu tun, denn seit der Bekanntgabe der ersten Standortschließungen im Zuge der Bundeswehrstrukturreform im Jahre 2001 ist es nun mal schon fast Tradition geworden, dass wir uns zu Beginn eines jeden Jahres mit der Problematik der Standortschließungen beziehungsweise der Konversion beschäftigen.

Ich will aber darauf verweisen, dass die Situation zu Beginn des Jahres 2005 eine andere ist, nämlich Konversion ist endlich Schwerpunkt im regionalen Förderprogramm des Landes. Die Fortschreibung der Leitlinien für Konversion ist endlich per Kabinettsbeschluss erfolgt. Konversion ist somit endlich Mittel und Zweck der Wirtschaftspolitik des Landes geworden. Damit sind wichtige, auf Drängen meiner Fraktion fixierte Punkte der Koalitionsvereinbarung erfüllt. Wichtiger aber ist, dass wir damit den betroffenen Kommunen wertvolle Hilfe bei der Bewältigung der Konversionslasten gegeben haben. Wir sind aber längst noch nicht über den Berg.

Der vorliegende Antrag beschreibt daher in seiner Einleitung richtig, dass der umfassende Neuordnungsprozess die Probleme des Landes verstärkt und – ich zitiere – „die noch immer durch die Konversion der Flächen der Nationalen Volksarmee sowie der Westgruppe der russischen Truppen belastet sind“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir deshalb auch einen kurzen Blick zurück und eine Bewertung aktueller Hilfsangebote seitens verschiedener Akteure auf der Bundesebene, so auch der Bundestagsfraktionen von CDU und CSU. Der Blick zurück: Die personelle Stärke der Truppen in der DDR war 1989 mit rund 530.000 Mann, davon 160.000 Mann NVA und 370.000 Mann Westgruppe der russischen Truppen, erheblich geringer als in der damaligen Bundesrepublik mit rund 840.000 Soldaten. Die Militärs in der damaligen DDR verfügten aber über rund 480.000 Hektar Militärfäche, in der alten Bundesrepublik nur 340.000 Hektar. So kamen in der DDR 33 Soldaten auf 1.000 Einwohner, in der Bundesrepublik nur 13. In der DDR betrug der Anteil der Militärfäche am Gesamtterritorium 4,4 Prozent, in der Bundesrepublik alt nur 1,4 Prozent. Mit einer Gesamtfäche von 243.000 Hektar und 1.026 Liegenschaften nutzte die Westgruppe der russischen Streitkräfte über die Hälfte der 4,4 Prozent Anteil der Militärfäche.

Das alles war Teil unserer Mitgift, die wir in die Deutsche Einheit und damit zugleich in die Europäische Union einbrachten. Einige Anforderungen dieser so genannten alten Konversion wurden auch bei uns im Land gemeistert. Vieles aber ist noch offen und ungelöst und wer mit

offenen Augen durchs Land fährt, wird diese Stellen sehen und kennen.

Wenn man sich dann aber aktuelle Antragstellungen der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU sowie SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Konversion ansieht, dann wird man feststellen, dass diese Probleme wie viele andere Probleme des Ostens einfach ignoriert werden. Da ist zwar von den Auswirkungen der aktuellen Standortschließungen in den Antragstellungen zu lesen, die im Dezember des vergangenen Jahres in den Bundestag eingebracht wurden. Da ist auch zu lesen von den Auswirkungen der Änderung bei der Stationierung der US-Streitkräfte in den alten Bundesländern. Die Probleme der neuen Bundesländer mit den Anforderungen der alten Konversion werden aber in den vorliegenden Anträgen im Bundestag nicht erwähnt. Keine Erwähnung findet auch die Notwendigkeit, geschweige denn das Angebot eines Bundeskonversionsprogrammes. Stattdessen wird im Antrag von SPD und Grünen im Bundestag auf Drucksache 15/4520 erneut betont, ich zitiere: „Nach der föderalen Aufgabenverteilung liegt die strukturpolitische Verantwortung für die Bewältigung der Konversionslasten vorrangig in der Verantwortung der betroffenen Länder und Kommunen.“

Die hiesige Opposition braucht nun aber nicht mit dem Finger auf die jetzige Bundesregierung zu zeigen, denn die jetzige Koalition im Bund bedient sich der gleichen Argumente wie die Kohl-Regierung Anfang der 90er Jahre. Nicht umsonst findet sich im schon erwähnten Antrag von SPD und Grünen der Verweis, dass 1993 der Umsatzsteueranteil der Länder um zwei Prozentpunkte erhöht wurde, unter anderem zur finanziellen Flankierung der Folgen des Truppenabbaus.

Jedoch teilte mir die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf meine Kleine Anfrage bereits im Juni 2002 mit, ich zitiere: „Die Länder haben die höheren Umsatzsteuereinnahmen vor allem wegen der unzureichenden Deckungsquote der neuen Länder erhalten. Ein Zusammenhang mit der Kompensation von Konversionslasten ist hier nicht bekannt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, es ist daher an der Zeit, dass die Bundesregierung ihre Taschenspielertricks beendet und den Ländern und Kommunen bei der Bewältigung der Konversionsaufgaben wirkungsvoll unter die Arme greift. Der im vorliegenden Antrag formulierten Aufforderung an die Landesregierung – ich zitiere –, „sich weiterhin nachhaltig bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Bund aktiv seine Verantwortung ... wahrnimmt“, ist deshalb nichts hinzuzufügen und sie ist auch von der Opposition voll zu unterstützen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Macht die
Landesregierung das nicht von sich aus?)

ich möchte aber hinzufügen, außer der Erwartungshaltung, dass die Landesregierung nicht nur, wie im Punkt 2 gefordert, über die Umsetzung der Konversionsleitlinien berichtet, sondern auch darlegt, welche Aktivitäten sie gegenüber der Bundesregierung unternommen hat.

Herr Dr. Born, wenn Sie jetzt fragen, was die Regierung unternommen hat,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, frag
ich nicht. Nein, das frag ich nicht.)

dann empfehle ich Ihnen einen Blick in die Koalitionsvereinbarung, in der zum Beispiel steht, dass wir die Bun-

desratsinitiative zur Erarbeitung eines Bundeskonversionsprogrammes erarbeiten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Ritter, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Dr. Born? (Zustimmung)

Bitte, Herr Dr. Born, formulieren Sie Ihre Frage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Da ich mich frage, ob ich doch vielleicht zustimmen soll: Weshalb ist es denn aus Ihrer Sicht notwendig, die Landesregierung aufzufordern, sich nachhaltig bei der Bundesregierung einzusetzen? Haben Sie den Eindruck, dass sie das bisher nicht getan hat und es erst eines Beschlusses dieses Hohen Hauses bedarf? Dann könnte ich ja vielleicht doch zustimmen.

Peter Ritter, PDS: Herr Dr. Born, aus meinem parlamentarischen Verständnis heraus ist es immer gut, wenn das gesamte Parlament die Landesregierung bei ihren Aktivitäten unterstützt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Deshalb hier noch mal der Appell an alle, die Landesregierung zu unterstützen bei ihren Aktivitäten gegenüber der Bundesregierung.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Peter Ritter, PDS: Bitte schön.

(Barbara Borchardt, PDS: Und stimmt er jetzt zu? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Holger Friedrich, SPD: Er denkt darüber nach.)

Ich will an dieser Stelle aber einfügen, dass nicht nur die Unterstützung der Opposition an dieser Stelle wichtig wäre, sondern auch Unterstützung außerhalb des Parlaments und der Regierung eine willkommene wäre. Zum Beispiel sollten die Bündnisgrünen dieses Landes, die sich oft und gern an anderen Stellen profilieren wollen, nicht länger zum Thema Bundeskonversionsprogramm schweigen. Aber wir wissen, dass sich die Grünen auch von vielen anderen Visionen verabschiedet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle wissen – das ist in den Redebeiträgen bis jetzt deutlich geworden –, dass es kein einfacher landespolitischer Weg war, um die Rahmenbedingungen für Konversion zu schaffen, die heute existieren. Vieles konnte so auch nur auf den Weg gebracht werden, weil die betroffenen Kommunen nicht auf ein Wunder hofften, sondern selbst aktiv wurden, Erfahrungen sammelten und Vorschläge unterbreiteten, die sich auch jetzt so in den Konversionsleitlinien wiederfinden.

Und so ist es auch kein Wunder, sondern logische Konsequenz, dass sich im heute vorliegenden Antrag zum Beispiel Forderungen des Stavenhagener Konversions- und Wirtschaftstages vom 24.11.2004 wiederfinden. Wer den Diskussionsbeitrag der Vertreterin des Bundesverteidigungsministeriums auf dieser Tagung erlebt hat, der kommt nicht umhin, die Forderung nach einer Überprüfung und Reform geltender Verwaltungsvorschriften zum Konversionsverfahren nachhaltig zu unterstützen. Genau so deutlich muss immer wieder klar gemacht werden, dass Konversion im ländlichen Raum nur möglich ist, wenn die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre hoheitlichen Aufgaben wie Bauleitplanung und öffentliche Erschließung fachlich und finanziell tragen zu können. Konversionsmaßnahmen brauchen höchste und nachhal-

tige Förderpriorität bei der Europäischen Union, beim Bund und in den Ländern, so eine Forderung des Konversions- und Wirtschaftstages in Stavenhagen.

Mit den im Dezember von der Landesregierung beschlossenen Konversionsleitlinien, mit dem heute zu beschließenden Antrag und mit den von den betroffenen Kommunen eingeleiteten Maßnahmen sind wir in Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg, über den Berg sind wir noch lange nicht. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ritter.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Thomas Schwarz von der SPD-Fraktion.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter geschätzter Kollege Dr. Born! Ich habe mich natürlich im Vorfeld mit den Betroffenen auch mal unterhalten, habe sie zu diesem Antrag befragt und diese sagten aus ihrer Sicht: Es geht in Ordnung. Und nun möchte ich mal einfach einen O-Ton – der Kollege Ritter brachte schon mal Stavenhagen –, nämlich den Bürgermeister Herrn Mahnke wiedergeben: Ohne die Unterstützung des Landes wäre Konversion in Stavenhagen nicht durchführbar. Das Land hat die Lücke ausgefüllt, die der Bund hätte wahrnehmen müssen.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Und zum Schluss ein Dank an die Ministerpräsidenten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Vom Kollegen Bürgermeister Schwarz kann ich Ihnen auch etwas Entsprechendes zeigen.)

Der Kollege Mahnke gehört nicht zu meiner Partei.

(Birgit Schwebs, PDS: Zu unserer auch nicht.)

Das sage ich Ihnen mal.

(Dr. Ulrich, Born, CDU: Nein, nein, nein! Der Bürgermeister Schwarz bescheinigt Ihnen das aber auch so.)

Wie unterschiedlich die Voraussetzungen für Konversion sind, das zeigt auch das Beispiel Eggesin. Konversion heißt nicht, einfach mal ein Haus zu verkaufen. Konversion ist ein zäher Prozess, Herr Dr. Born, und die Investoren stehen nicht Schlange. Eggesin zum Beispiel wurden überdurchschnittliche Hilfen gewährt: Wohnungsbau, Infrastruktur, soziale Segmente. Der Strukturwandel aber erfolgte nach der Auflösung der NVA. Und wir kennen das ja, Eggesin war immer identisch mit NVA. Darauf ist eigentlich fast, ich sage mal, die Stadt gebaut worden.

(Birgit Schwebs, PDS: Na, na, na! So nicht!)

Die zwei Strukturreformen der Bundeswehr sind so groß, dass aus meiner Sicht mit den verfügbaren Instrumentarien, sprich Fördermitteln und anderen öffentlichen Hilfen, der Schrumpfungsprozess und Anpassungsprozess nur gedämpft wurde, aber noch nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte.

Und ich sage, Konversion heißt für mich – und da spreche ich als Bürgermeister einer betroffenen Gemeinde – nicht nur, zu investieren in die vorhandene Infrastruktur, sondern Konversion kann auch heißen: Rückführung,

Zurückbauen von Infrastruktur. Und ich habe – ich sage mal, zu meinem Bedauern – die leidige Erfahrung machen müssen. Durch diesen Einwohnerschwund, den ich hatte, automatisch auch Kinder, habe ich zum Beispiel meine Kitas um die Hälfte verkleinern müssen, und ich habe auch eine Schule schließen müssen. Ich musste Infrastruktur zurückführen, das heißt auch Konversion, denn ich habe vorhin gesagt, wir wollten ja diese Konversionspolitik effizient und gebündelt. Es bringt uns nichts, in etwas zu investieren, was nicht haltbar ist.

Ich denke aber, Herr Dr. Born, man kann diesem Antrag trotzdem zustimmen. Es wurde von Ihnen schön gesagt: Er schädigt nicht. Nein, das finde ich nicht in Ordnung. Ich finde, wir sind auf dem richtigen Weg. Und Kollege Ritter hat gesagt, wir sind noch nicht über den Berg. Ich denke, das Land Mecklenburg-Vorpommern – und das sagte auch der Konversionsbeauftragte von Brandenburg Herr Vogt – hat Enormes geleistet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS,
Norbert Baunach, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schwarz.

Ums Wort hat jetzt gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, Sie haben von einem Sorglos-Paket gesprochen. Da muss es ein Missverständnis geben. Wir haben Sorgen, nicht Sorglosigkeit, und wir müssen den Sorgen, die auch die Menschen haben, gerecht werden. Wir müssen sie aufnehmen und wir müssen uns um die Menschen mit ihren Sorgen kümmern. Von Sorglosigkeit kann nicht die Rede sein. Zynikerworte wie Zauberkunststücke, Taschenspielertricks und so weiter – ich denke, wir sollten uns des Themas ernsthaft annehmen, und das bedeutet: Konversion ist eine Fülle ganz praktischer Maßnahmen zur Lösung ganz praktischer Probleme der Menschen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Und wir wissen, dass die Reduzierung von Bundeswehrstandorten in unserem Land, die diesmal relativ abgeschwächt im Vergleich zu anderen Bundesländern stattgefunden hat, die betroffenen Gemeinden und die Menschen, die dort wohnen, vor große Probleme stellt. Wir lassen die Kommunen und die Menschen mit diesen Schwierigkeiten nicht allein. Die Landesregierung unterstützt die von den Strukturreformen der Bundeswehr betroffenen Kommunen. Damit wollen wir die Voraussetzung schaffen für neue Arbeitsplätze.

(Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Deshalb haben wir die Standortkonversionsrichtlinien erlassen, Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

die das bestehende Förderinstrumentarium ergänzen und den Kommunen beim Strukturwandel helfen. Mit diesem Programm werden zum Beispiel der Abriss von Gebäuden, die Entsiegelung unter Renaturierung von Flächen und die Altlastenbeseitigung gefördert. Bislang wurden die betroffenen Gemeinden aus diesem Pro-

gramm mit über 19,3 Millionen Euro unterstützt. Jährlich stehen im Rahmen der Standortkonversion Mittel in Höhe von rund 3,7 Millionen Euro zur Verfügung. Und Investoren können sich darüber hinaus natürlich mit unserem ganzen Förderinstrumentarium unterstützt wissen.

Meine Damen und Herren, die finanzielle Unterstützung der Gemeinden bei der Sanierung der militärisch genutzten Flächen ist wichtig. Deshalb werden wir auch in Zukunft Mittel bereitstellen, um die Folgen der Konversion abzumildern. Die Landesregierung will die betroffenen Gemeinden aber auch über finanzielle Hilfen hinaus unterstützen. Ende letzten Jahres haben wir deshalb unsere Leitlinien zur Konversion überarbeitet. Die neu gefassten Leitlinien sehen vor, den Bund bei der Bewältigung der Konversion stärker einzubinden. Und der Bund hat uns bereits signalisiert, dass er bereit ist, sich grundsätzlich an der Entwicklung der betroffenen Liegenschaften zu beteiligen. Das war vorher nicht so ganz selbstverständlich. Diese Beteiligung kann in Form von Machbarkeitsstudien oder der Altlastenerkundung geschehen. Möglich ist aber auch zum Beispiel die Beteiligung an den Kosten für Erschließungsmaßnahmen.

Ich denke, es ist gut, dass der Bund in diesen Punkten seine Bereitschaft zur Mitarbeit deutlich gemacht hat, aber besonders wichtig für die betroffenen Gemeinden ist es, dass die Konversionsflächen so schnell wie möglich an potentielle Investoren verkauft werden können. Eigentümer der Flächen ist der Bund und dieser will, so war es wenigstens bisher, möglichst hohe Erlöse aus dem Verkauf der ehemaligen militärischen Liegenschaften erzielen. Aber das Interesse an möglichst hohen Erlösen darf nicht dazu führen, dass sich der Verkauf dieser Grundstücke verzögert und so zum Beispiel mögliche Investoren abgeschreckt werden.

Deshalb hat die Wirtschaftsministerkonferenz der Länder im Dezember 2004 den Bund aufgefordert, nicht allein auf einen möglichst hohen Erlös zu achten, sondern auch die Interessen der betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen. Und deshalb setzen wir uns auch beim Bund dafür ein, dass für die Grundstücke realistische marktgerechte Verkaufspreise festgelegt werden, die für Investoren attraktiv sind. Realistische marktgerechte Verkaufspreise haben in Mecklenburg-Vorpommern Gott sei Dank den Vorteil, dass sie ein Argument für Investitionen in diesem Land sind.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Nur so können wir die Grundstücke auch zügig an den Mann bringen. Außerdem haben wir mit dem Bund vereinbart, geeignete Konversionsliegenschaften in unserer Gewerbeflächendatenbank Investguide anzubieten. Diese zentrale Gewerbeflächendatenbank informiert umfassend und detailliert über alle Gewerbeflächen in Mecklenburg-Vorpommern. Damit verfügen wir über ein hervorragendes Angebot für Investoren, von dem auch die von der Konversion betroffenen Gemeinden profitieren können.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns aber nichts vormachen: Um Konversionsstandorte wirtschaftlich voranzubringen, brauchen wir Investoren, und deshalb bemühen wir uns, Investoren für diese Standorte zu gewinnen. Aber wir wissen alle, Investoren entscheiden

allein darüber, wo sie etwas tun, wo sie investieren wollen. Das können nicht wir entscheiden, das entscheiden die Unternehmer. Der Staat kann die Unternehmen nicht zwingen, an einen bestimmten Standort zu gehen. Wir tun, was wir tun können. Wir werben für diese Standorte, wir unterstützen die Kommunen und wir stehen bereit, Investitionen zu fördern.

Meine Damen und Herren, Konversion ist, da sind wir uns einig, ein wichtiges Thema, nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, auch für andere Bundesländer, die – und die sind es noch stärker – von der Reduzierung von Bundeswehrstandorten betroffen sind. Und auch in anderen Bundesländern wird natürlich darüber nachgedacht, wie den betroffenen Standorten trotz knapper Kassen geholfen werden kann. Aber da wird es schon gefährlich. Es gab zum Beispiel den Vorschlag einiger westlicher Bundesländer, Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur für Konversionsstandorte in Ost- und Westdeutschland zu reservieren. Und, Herr Dr. Born, ich habe gleich eine Bitte an Sie.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich lausche!)

Das kann nicht in unserem Sinn sein, weil das nämlich heißt, dass aus der GA weitere Mittel von Ost nach West umgeschichtet werden sollen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

um dann mit Geldern, die jetzt im Osten für den Aufbau zur Verfügung stehen, in Zukunft Konversionsmaßnahmen in Westdeutschland zu finanzieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Hier habe ich die erste Bitte an Sie, Sie werden mir die sicher erfüllen: Wirken Sie ein auf Ihre Parteifreunde, die diesen Vorschlag gebracht haben und die diesen Vorschlag dann bitte schön in Zukunft nicht aufrechterhalten wollen und sollen. Ich bedanke mich im Voraus für Ihre Unterstützung. Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe würden sonst nach Westdeutschland fließen, obwohl die ostdeutschen Bundesländer diese Mittel dringend für den Aufbau Ost benötigen. Das kann nicht sein, das darf nicht sein! Und deshalb haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass dieser Vorschlag schnell vom Tisch kommt. Wir haben hart für diese Position gekämpft und wir haben erreicht, dass dieser Vorschlag auf der Wirtschaftsministerkonferenz mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Aber das war ein Etappensieg, nur ein Etappensieg. Es ist durchaus möglich, dass dieser Vorschlag erneut auf den Tisch kommt.

(Harry Glawe, CDU: Schlecht vorbereitet.)

Wir müssen deshalb an dieser Stelle alle auf der Hut sein. Ich sage ganz bewusst alle und bitte um Unterstützung.

(Harry Glawe, CDU: Sie müssen uns nur vorher ansprechen, Herr Minister, und nicht nachher. Vorher!)

Meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den von der Bundeswehrreform betroffenen Kommunen neue Entwicklungschancen aufzuzeigen. Dass es an diesen Standorten weiter vorangehen kann, das ist unser Ziel. Ich denke, das

ist unser gemeinsames Ziel und dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1501. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist jetzt zu viel Kritik an der Regierung mit diesem Antrag.)

Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1501 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS und des fraktionslosen Abgeordneten bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Rechtsextremistische Entwicklungen stoppen, Drucksache 4/1503. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1530 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Rechtsextremistische Entwicklungen stoppen
– Drucksache 4/1503 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1530 –**

Das Wort zur Begründung hat die Vorsitzende der Fraktion der PDS, die Abgeordnete Frau Gramkow. Bitte, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns heute Morgen in einer Gedenkstunde an die Befreiung des KZ Auschwitz 1945 als Symbol des Grauens des Deutschen Faschismus erinnert. Wir gemeinsam stehen dafür, dass diese Gräueltaten, die von Deutschland verübt wurden, niemals vergessen werden.

Am vorletzten Wochenende marschierten Rechtsextremisten und Neonazis durch Magdeburg, um an die Bombardierungen deutscher Städte zu erinnern, damit die Opfer der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition nicht vergessen werden. Aus diesem Anlass wird die Extreme Rechte im Jahr der 60. Wiederkehr der Befreiung des deutschen Volkes und des Endes des Zweiten Weltkrieges auch in Mecklenburg-Vorpommern in Erscheinung treten. Ihr vordergründiges Ziel, die Deutschen als Opfer darzustellen, ist Geschichtsklitterung. Sie wollen vergessen machen, dass von Deutschland aus zuerst jene Flugzeuge starteten, die ihre Bomben über andere Länder Europas ausklinkten. In diesem Krieg hatten Nationalsozialisten schließlich auch das eigene Volk für ihre massenmörderischen Weltherrschaftspläne geopfert. Nur eine Minderheit in Deutschland, darunter Vertreterinnen und Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, der Kirchen, aus Kunst und Wissenschaft, hat sich dem nationalsozialistischen Regime entgegengestellt. Aus welchen Motiven heraus auch immer diese wenigen den ungleichen Kampf aufnahmen, ist zweitrangig. Ihnen allen aber ist etwas gemeinsam: Sie handelten so, wie wir gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Neonazismus handeln müssen.

Auch das Folgende sage ich mit Blick auf unsere Gegenwart. Die faschistischen Bewegungen in Europa und weltweit waren in ihrem Wesen zutiefst kulturfeindlich. Sie richteten sich letztlich gegen den Erhalt jeglicher demokratischer Grundwerte. Antifaschismus war und ist Bewahrung und Schaffung von Demokratie. Antifaschismus ist eine Kulturbewegung. Deshalb muss die kontinuierliche Vermittlung antifaschistischer, antirassistischer und interkultureller Grundauffassungen insbesondere an Kinder und Jugendliche, also an immer neue Generationen, den demokratischen Kräften bleibende Aufgabe und Verpflichtung sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Neofaschisten und Neonazis fallen nicht vom Mond, sie kommen nicht ungerufen. Sie erhalten Zuspruch aufgrund herrschender gesellschaftlicher, also auch von Politik gemachter Verhältnisse. Über die gesellschaftlichen Ursachen solcher Tendenzen nachzudenken, Gegenstrategien zu entwickeln und sie in die Tat umzusetzen bleibt deshalb eine ständige Aufgabe. Dabei müssen wir sehr sensibel auf die Gefahren achten, die durch jetzige Politik entstehen können.

In der „Lagedarstellung zum Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern“ vom 30.09.2004 werden mögliche Ursachen für rechtsextremistische Entwicklungen benannt. Dabei wird auf den, und ich darf hier zitieren, „gegenwärtig stattfindenden Umbau des Sozialstaates“ verwiesen. Wir wissen, was damit einhergeht: Sozialabbau, Entrechtung von Bezieherinnen und Beziehern des Arbeitslosengeldes II, Verletzung von Menschenwürde, Angst, Wut und Hilflosigkeit von Betroffenen. Das lässt nicht wenige Menschen den Glauben an die bestehende Demokratie verlieren. Wir aber müssen sie für eine weitere Demokratisierung in unserer Gesellschaft gewinnen, vielleicht ja auch zurückgewinnen.

Große Sorge bereitet uns, dass rechtsextremistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut in Deutschland auf den Straßen, in bestimmten Medien und zunehmend auch in Parlamenten Verbreitung findet. Hier ist verstärkt Gegendruck, kompromissloser Kampf aller demokratischen Kräfte unabdingbar. Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die deutliche Zurückweisung dumpfer Biertischparolen, sondern auch um das Ringen für mehr Klarheit in den Köpfen vieler als normal bezeichneter Menschen aller Generationen. Wir alle wissen um die zehn kommunalpolitischen Mandate, die die NPD im Jahre 2004 errang. Diese Partei hat ihr Feld vor allem auf dem flachen Land entdeckt, wo Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche nur eingeschränkt oder gar nicht mehr bestehen. Wer von Protestwahl spricht – Frau Präsidentin hat heute Morgen auch darauf verwiesen –, verharmlost das Problem. Wir alle wissen, es gibt ein fest verwurzelt Nazimilieu auch in Teilen unseres Landes. Wir wissen um den Deutschlandpakt von DVU und NPD, mit dem beide Parteien ihre Kandidatur in Mecklenburg-Vorpommern vorbereiten. Sie treten auch in unserem Bundesland unverfroren und selbstbewusst auf.

Nicht mindergefährlich sind die Kameradschaften, die sich seit einigen Jahren fast ungestört in den Kommunen, in unseren Kreisen entwickeln können. Sie haben Strategien entwickelt, mit denen sie Eingang in das Alltagsleben finden und die Gesellschaft immer mehr durchdringen. Sie gründen Jugendklubs und veranstalten Konzerte, sie kleiden sich ordentlich und marschieren diszipliniert. Sie grei-

fen Alltagsprobleme auf und geben sich volksnah. Sie arbeiten in Heimat- und in Sportvereinen, organisieren gesellige Abende und Turniere. Gerade im ländlichen Raum fällt es schwer, sich rechtsextremistischen Gedanken und rechtsextremistischem Werben offen entgegenzustellen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es dringend erforderlich, Menschen, die Zivilcourage gegen Rechtsextremismus beweisen, mehr Rückendeckung im Land zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir brauchen ein wirksames Aktionsbündnis für demokratische Kultur gegen die Extreme Rechte. Wir brauchen es im Land, wir brauchen es in den Kommunen und immer wieder in unseren Kommunen. Wir sind mit der Gefahr konfrontiert, mit einer Gefahr, die weit reichende Bedeutung hat. Es ist notwendig, dass alle demokratischen Kräfte sich hier bündeln. Dies kann und darf nicht Angelegenheit eines einzelnen Ressorts sein. Das muss Politik als Querschnittsaufgabe leisten, auf Landesebene, in den Kreisen und in unseren Kommunen gemeinsam. Deshalb wollen wir mit unserem Antrag den Handlungsrahmen „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ weiterentwickeln, deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn, und hier insbesondere mit Polen, intensivieren, denn unser Blick kann und darf nicht nur bis an die Grenzen unseres Bundeslandes reichen, ebenso nicht nur an die deutschen Staatsgrenzen, denn rechtsextremistische Parteien, Organisationen und Bewegungen gehören inzwischen auch zur Normalität im benachbarten Polen, ja, eigentlich in ganz Europa. Die Kenntnis über rechtsextreme Szenen, auch zum Beispiel in unserem östlichen Nachbarland, ist dringend für antifaschistische Strategien und die Politik im gesamteuropäischen Raum erforderlich.

Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, muss nach unserer Auffassung der politischen Aufklärung und Bildung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir brauchen dringend mehr qualitativ hochwertige politische Bildungsarbeit. Wir brauchen sie umso mehr, wenn NPD, DVU und Kameradschaften weiterhin – und es gelingt ihnen – ihr früheres Schmuddelimage ablegen und sich in der Mitte der Gesellschaft etablieren.

Ebenso dringend ist Kontinuität in der demokratischen Bildungs- und Kulturarbeit nötig. Sie kann und sie sollte sich nicht im Rhythmus von Wahlen befinden. Es wäre ein qualitativ neues und die demokratischen Kräfte motivierendes Signal, wenn sich der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern heute gemeinsam zu dem Willen bekennt, rechtsextreme Entwicklungen zu stoppen im Land, in jedem Kreis, in jeder Stadt. Und das Ziel, meine Damen und Herren, wäre es, gemeinsam darum zu ringen, ein gesamtstaatliches und gesamtgesellschaftliches Klima gegen Rechtsextremismus und Neonazismus zu finden, ein Klima für Solidarität, Lebensbejahung, Zukunftsgewissheit und für eine so notwendige weitere Demokratisierung unserer Gesellschaft. Ich bitte Sie sehr, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn das Motto „Wehret den Anfängen!“ gilt, dann gilt es erst recht heute, 60 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers von Auschwitz. Wehret den Anfängen heißt, genauer in die 20er und 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu schauen. Wir müssen vor allem der jüngeren Generation gegenüber erzählen, wie es dazu kam, dass die NSDAP durch freie Wahlen an die Macht gekommen ist und danach die furchtbaren Verbrechen ausführen konnte, die nie hätten geschehen dürfen.

Im Januar 1923 fand der erste Reichsparteitag der NSDAP statt. Im Januar 1933 – zehn Jahre später – kam es zur Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland. Wir müssen heute die Frage beantworten, warum die demokratischen Kräfte in Deutschland der NSDAP zunehmend immer mehr Raum gelassen haben. Wir müssen die Frage beantworten, warum die Bürgerinnen und Bürger damals eine Partei und deren politisches Milieu unterstützt haben, deren Ziele durch das Buch von Adolf Hitler „Mein Kampf“ jedem zugänglich waren.

Wehret den Anfängen heißt heute, den Rechtsextremisten und vor allem der NPD mit Nachdruck und durch alle Demokraten in unserer bürgerschaftlichen Gesellschaft den politischen Raum zu entziehen, den sie sich bereits erobert haben. Dabei ist nicht allein politische Rhetorik, sondern die Politik selber gefragt, die wir hier brauchen. Zur politischen Rhetorik zähle ich zum Beispiel die ständige Diskussion zu der Frage, ob man die NPD verbieten solle oder nicht. Der Geist, der dahinter steht, ist gefährlich. Ebenso halte ich wenig davon, über eine Antifaschismusklausel in der Landesverfassung zu diskutieren.

(Angelika Gramkow, PDS:
Ach, schade, Herr Minister.)

Wichtiger ist die Auseinandersetzung über die rechtsextremistischen Umdriebe und Parolen vor Ort. Wenn eine Bürgermeisterin wie in Ueckermünde ihre Erkenntnisse über den örtlichen Rechtsextremismus in der Schublade versteckt, weil sie Angst vor dieser Auseinandersetzung hat, dann sage ich noch einmal: Wehret den Anfängen, und zwar konkret und durch sichtbares politisches Handeln vor Ort!

(Beifall Beate Mahr, SPD,
Angelika Gramkow, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat seit 1998 eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die den Rechtsextremismus in unserem Land zurückdrängen sollen, wissend – und das ist entscheidend –, dass der Staat selber von Voraussetzungen lebt, die er sich nicht selbst geben kann.

So haben wir erstens bereits im Jahr 2000 eine Verschärfung des Versammlungsrechtes über einen Gesetzesantrag im Bundesrat auf den Weg gebracht. Ich freue mich sehr, dass der Herr Bundeskanzler nun selbst gesagt hat, dass dieser Weg der richtige ist.

Wir haben zweitens 1999 die Mobile Aufklärungseinheit Extremismus mit heute insgesamt 50 Polizeibeamten in der Landespolizei errichtet.

Drittens haben wir den so genannten Musikerlass herausgegeben, den wir im letzten Jahr noch einmal aktualisiert haben, mit dem Ziel, dass den kommunalen Ord-

nungsbehörden gemeinsam mit der Polizei ein Handlungsrahmen an die Hand gegeben wird, um entsprechende Veranstaltungen, wo es immer geht, zu unterbinden.

Viertens haben wir das Intensivtäterkonzept bei der Polizei mit dem Ziel eingerichtet, den Verfolgungsdruck auf den Kreis der rechtsextremistischen Rädelsführer und Gewalttäter zu erhöhen.

Fünftens haben wir bei der letzten Novelle des Verfassungsschutzgesetzes ausdrücklich eine Klausel in das Gesetz aufgenommen, die die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes mit Nachdruck unterstützt.

Sechstens haben wir nicht nur einen Präventionsrat eingerichtet, sondern diesem auch mit Zustimmung der breiten Mehrheit dieses Hauses seit Jahren Gelder (in größerem Umfang) zur Verfügung gestellt, der dann seinerseits eine Vielzahl von konkreten Projekten in den Kommunen unseres Landes, die gegen die Bekämpfung des Rechtsextremismus gerichtet sind, finanziell unterstützt hat.

Siebtens ist beim Landesvorstand des Präventionsrates eine Arbeitsgruppe Rechtsextremismus eingerichtet worden, die in nächster Zeit eine Handreichung herausgeben wird, wie man ganz konkret in der Präventionsarbeit der Kommunen weiterkommt, wenn man entsprechende Projekte initiiert.

Achtens. Wir haben außerdem das Analyse- und Beraterteam der Landesregierung eingerichtet, das die Aufgabe hat, in den Städten und Gemeinden örtliche Maßnahmen zu unterstützen, die gerade bei Jugendgruppen und bei Verwaltungshandeln gegen den Rechtsextremismus eingesetzt werden können.

Das Justizministerium hat darauf hingewirkt, dass in den Staatsanwaltschaften des Landes in Sonderdezernaten vorrangig die Bearbeitung von Verfahren, die mit rechtsextremistischer Motivation einhergehen, organisiert wird.

Bei den Gerichten ist die Anwendung des beschleunigten Verfahrens und des vereinfachten Jugendverfahrens überall dort aufgenommen worden, wo geeignete Fälle für dieses Verfahren zur Verfügung stehen. Weiterhin haben wir im Bereich des Sozialministeriums die CIVITAS-Projekte, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert werden, mit Landesgeldern und Landes-Know-how unterstützt, insbesondere auch über die mobilen Beratungsdienste Demokratieentwicklung und Extremismusverhütung, und auch hier mit eigenen Haushaltsgeldern des Landes diese Arbeit in unserem Bundesland weiterentwickelt.

Wir haben außerdem Schülerprojekte, die im Bildungsministerium initiiert wurden, auf den Weg gebracht, die in den Themenbereichen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit an circa 200 Schulen des Landes inzwischen laufen. Fortbildungsangebote für Lehrer sind auf den Weg gebracht worden, die Jugendkriminalität, Rechtsextremismus, Gewaltprävention und Konfliktschlichtung thematisieren.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch eine Vielzahl weiterer einzelner Punkte aus den Maßnahmen der Landesregierung nennen. Sorgen macht mir allerdings, dass manchmal zu viel politische Rhetorik und manchmal auch zu wenig konkrete Politik selbst gegen die Erscheinungen

des Rechtsextremismus stattfinden. Wehret den Anfängen heißt, wir – alle Demokraten – müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass undemokratischen Kräften in unserem Land kein Raum gelassen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS,
Beate Mahr, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Dabei ist staatliches Handeln bei Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, in der Schule und bei außerschulischer Jugendarbeit unverzichtbar. Aber ich sage noch einmal: Der Staat selber lebt hier von Voraussetzungen, die er sich selbst nicht geben kann. Insofern ist vor allem das bürgerschaftliche Handeln in den Städten und Gemeinden, in der demokratischen Gesellschaft, die wir weiterentwickeln wollen, unverzichtbar. In diesem Sinne lautet die Herausforderung für die nächsten Monate und Jahre: konkretes Handeln vor Ort, bürgerschaftliches Engagement in den Städten und Gemeinden. Das ist ein ganz wichtiger Weg, um den Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern zu bekämpfen und ihm den Raum zu entziehen, den er sich inzwischen schon bei uns erobert hat. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es mag an dem Tag liegen, dass ich mich als Erstes beim Kollegen Herrn Dr. Körner dafür bedanken kann, dass er sich, als er unseren Änderungsantrag gesehen hat, gefragt hat, wie man ihn verändern kann, damit ihn alle mittragen können. Und ich bin froh, dass es so aussieht, so hoffe ich jedenfalls, dass dieses Haus in diesem Punkt sehr einig ist.

Dennoch, der Herr Innenminister hat mit Recht darauf hingewiesen, dass wir einen steinigen Weg zu gehen haben, und deswegen möchte ich auch noch einige Dinge deutlich sagen, denn wir wollen nichts zuquassen. Frau Gramkow, Sie haben auf einige Gefährdungssituationen hingewiesen und deswegen reicht es auch nicht, wenn wir uns heute kräftig die Hände schütteln, sondern wir müssen gucken, was wir gemeinsam hinbekommen. Ihr Antrag steht vor diesem Hintergrund und er wird von uns auch mit dem Inhalt so unterstützt.

Wenn wir fordern, dass alle demokratischen Parteien sich gegen Rechtsextremismus wenden, dann machen wir sehr wohl den feinen Unterschied zwischen den demokratischen Parteien und denen, die nicht verboten sind. Unser Bundesverfassungsgericht hat nicht etwa bei der Ablehnung des Verbotsantrages gesagt, dass es sich um demokratische Parteien handelt, gegen die der Verbotsantrag gerichtet wurde, sondern es hat ganz andere Gründe angeführt. Das Parteienprivileg gilt in sehr viel weiterem Maße, als dass jemand für sich in Anspruch nehmen kann, demokratisch zu sein. Aus meiner Sicht sind weder die NPD noch die DVU demokratische Parteien in dem Sinne, dass sie die Demokratie auch akzeptieren. Da können Sie noch solche Satzungen haben, wir müssen sie an ihrem Verhalten und an dem Verhalten ihrer Mitglieder messen.

Die Lage ist vom Innenministerium mit dem Stand 30.09.2004 noch einmal veröffentlicht worden. 1.300 Per-

sonen werden dem rechtsextremistischen Spektrum zugerechnet, 800 Personen schätzt man als gewaltbereit ein. Das Innenministerium teilt mit, dass wir einen Straftatenrückgang haben, insbesondere bei den Gewalttaten, dass ein Rückzug in den privaten Raum stattfindet, wir haben das erwähnt. Das macht die Sache nicht einfacher. Die wachsende Dominanz der ideologischen Szene in diesem Bereich wird herausgestellt. Auch das ist von Bedeutung. Für Entwarnung gibt es keine Hinweise, denn auch der Rückgang der Straftaten beruhigt mich überhaupt nicht. Er beruhigt mich deswegen nicht, weil es, auch wenn es stimmt, dass politisch motivierte Kriminalität um 18,7 Prozent nach einer Einschätzung des Verfassungsschutzes zurückgegangen sein soll, dann zumindest nicht – und da sollten wir uns nichts vormachen – in erster Linie das Ergebnis unserer gemeinsamen Bemühungen ist. Da gab es zwischendurch einen Definitionswechsel, einen, der sachlich geboten war, aber dadurch fallen manche nicht mehr in diese Kategorie.

Aber was viel wichtiger ist: Für mich ist noch nicht ganz deutlich, ob tatsächlich ein Rückgang der Straftaten objektiv zu verzeichnen ist oder ob nicht das eintritt, was überall da eintritt, wo polizeiliche Aktivitäten zurückgefahren werden, zurückgefahren werden aus Mangel an Personal. Wir haben nämlich zur gleichen Zeit ein Phänomen, das uns jubeln lassen müsste, aber den nüchtern denkenden Menschen eher traurig stimmt. Wir haben einen zahlenmäßigen, statistisch aufgearbeiteten Rückgang der Rauschgiftkriminalität. Meine Damen und Herren, jeder weiß, dass dies ein typisches Ermittlungsdelikt ist, denn weder der Dealer noch der Rauschgiftsüchtige, also der Konsument, geht zur Polizei und zeigt sich selber an oder diese sich gegenseitig, das ist nur ausnahmsweise so. Nur wenn die Polizei viel ermittelt, werden objektiv viele Straftaten angezeigt, weil das ein typisches Delikt ist, was nicht angezeigt, sondern ermittelt wird. Ich habe Bedenken, dass der Rückgang der Kriminalitätsziffern möglicherweise auch mit dem Rückzug der Polizei aus der Fläche zusammenhängt. Ich kann es nicht belegen, aber ich möchte keine Entwarnung mittragen.

Die Wahlerfolge der NPD in Sachsen kann man, meine Damen und Herren, nicht damit bekämpfen, dass man den Wählern sagt, sie durften die nicht wählen. Das geht in unserem Rechtsstaat nicht. Wir, wir Demokraten, sind aufgefordert, insbesondere den Teil der Wähler anzusprechen, der sich offenbar hat verleiten lassen, das sind die Jüngeren. Wir müssen ihnen klar machen, dass diese Demokratie einen Wert an sich darstellt, dass es Sinn macht, für Demokratie, für Toleranz einzutreten, mit kurzen Worten gesagt, für die Wertordnung dieses Grundgesetzes. Wenn junge Leute dies nicht erkennen und nicht für sich akzeptieren, ist das erschreckend, da ist etwas schief gelaufen.

Meine Damen und Herren, Entschließungen haben wir genügend verabschiedet. Wir haben Ihre Anträge vom 6. September 2000 gehabt, vom 28.04.2004. Was dem jetzt vorliegenden Antrag aus meiner Sicht fehlt, ist die Konkretheit. Wir versuchen, das über den Änderungsantrag nunmehr gemeinsam etwas nachzuschieben, denn, meine Damen und Herren, ein Stück besser sind wir schon, als der Antrag es vermuten lässt. Es gibt ein enges Zusammenwirken von politischen Verantwortungsträgern gerade auf der kommunalen Ebene. Der Innenminister hat in der Sonderausgabe des Informationsblattes „Impulse“, immerhin vom Mai 2000, dahin gehend appelliert, und zwar an alle, nicht nur an die Polizei, und das auch zu

Recht, dass man sich mit Jugendlichen, die drohen, diesen Parolen folgen zu wollen, die so aussehen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie diesen Konzepten folgen könnten, aus Mangel an Perspektiven einerseits, aber auch aus Mangel an Information über ein demokratisches und tolerantes System andererseits, dass man sich mit denen kritisch auseinander setzen muss. Das findet unsere volle Zustimmung.

Aber, meine Damen und Herren, seien Sie mir nicht böse, wenn ich jetzt etwas sage, was man auch sagen muss: Örtliche Nähe, Übersichtlichkeit des eigenen Zuständigkeitsbereiches sind manchmal schon der Beginn eines Erfolgskonzeptes. Die derzeitigen kreislichen Präventionsräte leben ein Stück von Szenekenntnis, von örtlicher Kenntnis, von Verwurzeltheit in den einzelnen Gebieten. Meine Damen und Herren, Jugend- und Sozialarbeit wird auf dieser Kreisebene geleistet. Meine Damen und Herren, die Präventionsräte bestehen derzeit auf Kreisebene. Ich frage Sie: Wie soll das in dem von Ihnen präferierten Großkreis eigentlich sein? Sollen wir dann die Jugendlichen per Internet zu Veranstaltungen holen? Machen wir dann eine Internetkonferenz? Wer das glaubt, ist sehr naiv. Wer ein bisschen Ahnung davon hat, was Präventionsarbeit heißt, weiß, das ist harte Knochenarbeit, das heißt, sich auseinander zu setzen auch mit Doktrinen und Ideologien, die uns manchmal den Magen umdrehen. Aber wer nicht bereit ist, dies vor Ort und Auge in Auge und in einer Diskussion in einer Gruppe mit Jugendlichen zu diskutieren, kann es aufgeben, das bringt nichts.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Deswegen bitte ich Sie, noch einmal zu überlegen, was Sie da tun.

Wir hatten einen Antrag im Jahr 2000. Eigentlich war das für mich ein Tiefpunkt unseres eigenen Verhaltens als Parlament, als der Antrag, von dem eine Reihe Ihrer Mitglieder der Koalition sicher geglaubt haben, da könnte man eine ganze Menge mittragen, daran gescheitert ist im Endergebnis, dass Sie sich nicht ganz einig werden konnten, was denn nun. Das war so, Frau Gramkow, dass dann zunächst einmal so viele Änderungsanträge gestellt wurden, dass der damalige Landtagspräsident festgestellt hat, dass ein solcher Antrag in der Form vom Landtag, also vom Plenum, nicht mehr beschlossen werden darf, weil er verfassungsrechtliche Grundsätze einer Fraktion oder Rechte einer Fraktion verletzt. Wir waren dem damaligen Präsidenten damals sehr dankbar dafür, weil es ab und zu mal sein muss, dass Recht vor praktischem und politischem Handeln geht. Das ist auch gut so.

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist doch immer so.)

Was haben wir denn damals eigentlich gefordert, was schlimm ist? Wir haben gesagt, wir wollten einen internationalen Jugendaustausch. Wir haben gesagt, wir wollen eine Intensivierung des Themas Nationalsozialismus im Unterricht. Wir haben gebeten, dass man es den jungen Leuten ermöglicht, Gedenkstätten zu besuchen. Wir haben heute Morgen sehr eindrucksvoll gehört, was das bewirkt, was das bei jungen Menschen innerlich bewirkt. Und wir haben etwas gefordert, was derzeit wieder in aller Munde ist, sogar beim Bundesinnenminister, wir wollten eine Änderung des Versammlungsgesetzes.

Meine Damen und Herren, ich kann es nicht mehr mit ansehen und es ist auch schwer zu erklären, dass Hun-

dertschaften von Polizei auf der Straße die Rechtsextremisten schützen müssen, weil eine Demonstration, die wir alle als gegen unsere freiheitliche Grundordnung gerichtet empfinden, nicht verboten werden kann. Dahin müssen wir kommen, sonst ist dieser Rechtsstaat nicht glaubwürdig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Ich hoffe, dass nach der Diskussion, die jetzt über Jahre geht, wenigstens der Minimalvorschlag des Bundesinnenministers angenommen wird, den ich für nicht weitgehend genug halte, weil er die wirklichen Probleme in unserem Land nicht löst, denn eine Bannmeile um das Berliner Abgeordnetenhaus und um den Reichstag reicht uns natürlich nicht. Hier muss mitten in dieser Stadt – zum Beispiel am Marienplatz, da finden diese Dinge statt – die Versammlungsbehörde in der Lage sein, nicht zu sagen, nein muss sie sagen können, wenn klare Anhaltspunkte für Parolen, für Ziele da sind, die verfassungsfeindlich sind. Und die liegen auf der Hand. Aber das Demonstrationsrecht, das wissen wir alle, und das ist auch gut so, ist im Grundgesetz verankert und wir müssen eine Lösung finden, die rechtlich vertretbar, die aber auch politisch sinnvoll ist, denn wenn man den Rechtsstaat als schwächelnden Staat erlebt, ist man als junger Mensch vielleicht doch leider geneigt zu sagen, also mit denen kannst du kein wirkliches Vorankommen gewinnen, also sind die anderen vielleicht doch etwas besser. Das darf so nicht sein. Die Diskussion werden wir führen müssen und wir werden sehen müssen, dass das äußerliche Auftreten dieses Rechtsstaates auch überzeugend ist. Beide Seiten sind erforderlich.

Die offensive Auseinandersetzung mit Inhalten und Methoden, so sagen Sie in Ihrem Antrag, ist politische Pflicht aller. Da sind wir uns einig, das tragen wir mit. Wir haben versucht, das zu konkretisieren, ich will unseren Änderungsantrag nicht vorlesen, er liegt Ihnen vor. Es geht, meine Damen und Herren, aber auch darum, dass wir als Demokraten wissen, was wir können in der Ordnung des Grundgesetzes und was wir nicht können. Was wir ganz offenbar nicht können, ist, den Wählern zu verbieten, eine nicht verbotene Partei zu wählen. Das ist zwar nicht schön, aber dies kennzeichnet auch einen Rechtsstaat.

Wir reden immer vom Rechtsextremismus. Meine Damen und Herren, es gibt auch linksextreme Gruppierungen in unserem Staat. Ich persönlich zum Beispiel würde auch dort gerne agiler nach vorne gehen. Wir haben im Augenblick das Problem miteinander, dass wir immer zu sehr auf eine Seite gucken. Wir müssen das gesamte Spektrum unseres Grundgesetzes einmal daraufhin abklopfen, wo die Gefährdungen dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind. Ich will nicht Salz in Wunden streuen, aber der Eindruck, der entstanden ist bei Demonstrationen mit gleichzeitiger Anwesenheit von unterschiedlichen Gruppierungen, war nicht gut für diesen Rechtsstaat. Es war nicht gut, dass die Rechtsextremen zusammen mit teilweise in Parlamenten sitzenden Parteien aufgetreten sind. Meine Damen und Herren, da bitte ich jeden, einmal zu überlegen, ob das gut ist und ob man kurzfristige Erfolge lieber nicht wahrnimmt in der Stimmungsmache oder in der Stimmungsaufnahme und dafür etwas deutlicher macht, wie wir uns von Rechtsextremen abgrenzen. Ich hätte mir das gewünscht.

Wir haben ursprünglich gewollt, dass der Handlungsrahmen und seine Erfüllung wissenschaftlich untersucht

werden. Herr Körner hat mich davon überzeugt, dass wissenschaftlich heißt, dass es sehr sorgfältig ist und dass das Zeit kostet. Dem sind wir auch gerne gefolgt, denn uns genügt eine Bewertung. Sie muss fachlich sein. Wir werden sicher uns auch in den Ausschüssen dieses Hauses darüber unterhalten können, wie man das am besten installiert, wie man das am besten bewerkstelligt. Da bin ich mir sehr sicher und da bin ich auch sehr zuversichtlich. Wir müssen aber ganz konkrete Vorgaben erarbeiten, denn die Landesregierung kann nur in dem Rahmen arbeiten, den wir ihr als Parlament geben. Und im Wesentlichen sind das, was wir vorgeben, Finanzen. Wir müssen einmal überlegen, was wir noch tun können, um in diesem Bereich effektivere und möglicherweise auch noch etwas Geld kostende Maßnahmen hinzuzubekommen. Ich entsinne mich nur, der Innenminister hat es gesagt, dass ein bestimmtes Projekt überhaupt nicht im Entwurf der Landesregierung finanziert war. Und es war, Herr Ritter, das gemeinsame Bemühen in einem Ausschuss dieses Hauses, das überhaupt zu finanzieren. Da kenne ich übrigens keine parteipolitischen Scheuklappen. Die sollten wir auch nicht haben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das ist eigentlich an einem solchen Tage ein für mich sehr positiver Rückblick auf Haushaltsberatungen, die sonst nicht so erfreulich waren, und zwar dass man, wenn man will, das auch hinbekommt.

Meine Damen und Herren, was mir besonders zu fehlen scheint – ich habe das gestern in einem Gespräch mit Schülern noch einmal deutlich hier im Hause sagen können –, ist eine wirklich umfassende politische Aufklärung. Die jungen Leute, die wir heute in der Schlosskapelle erlebt haben, sind nicht etwa repräsentativ für unsere gesamte Jugend. Die Gespräche, die wir mit jungen Leuten gerade in dieser Altersstufe führen, sind manchmal sehr, sehr enttäuschend, nicht weil diese jungen Leute nichts taugen, das wäre sehr, sehr ungerecht, sondern weil kaum einer es in die Hand nimmt, dieses Thema in aller Entschiedenheit an sie heranzutragen. Das ist kein Beschimpfen irgendwelcher Lehrer, das ist kein Beschimpfen eines Kultusministers oder der Kultusminister, die wir alle erlebt haben, sondern das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die wir alle miteinander haben. Vielleicht sollten wir so manche Verästelung bei irgendwelchen hoch komplizierten Gesetzen nicht so sehr viel mit den Leuten diskutieren, sondern einmal die Grundwerte unseres Grundgesetzes. Die sind eigentlich Freiheit und Toleranz. Das ist der Grundpfeiler, auf dem wir stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU, Angelika Gramkow, PDS, und Regine Lück, PDS)

Und da möchte ich uns alle ermuntern, das zu tun.

Politische Bildung kann nicht allein darin bestehen, dass wir immer dann wieder zulegen, wenn rechtsextremistische Entwicklungen von uns gestoppt werden sollen. Das ist ein ganz, ganz dickes Brett, das politische Bildung erarbeiten und bearbeiten muss. Das Brett ist schwer zu sägen. Jeder von uns, der in diesem Bereich einmal Diskussionen geführt hat, weiß, dass es sehr schwierig ist zu vermeiden, dass man irgendwo in die falsche Ecke geschoben wird, egal wie Sie diskutieren. Sie müssen, wenn Sie mit jungen Leuten reden, bei ihnen den Eindruck erwecken – jedenfalls habe ich das erlebt, und je älter man wird, um so ruhiger wird man doch vielleicht im Hinneh-

men von solchen Meinungen –, dass Sie sie erst einmal aufnehmen müssen mit ihrer Meinung. Wenn man ihnen zuerst erzählt, dass sie dumm sind und dass sie als junge Leute überhaupt nicht kapieren können, worüber Sie da gerade reden – was einem manchmal so in den Kopf kommt, wenn man manches, was ihnen da vorgequartzt worden ist von interessierten Gruppen –, wird es das nicht bringen. Wir brauchen hier qualifizierte Angebote, qualifiziertes Zugehen auf junge Leute.

Meine Damen und Herren, Demokratie lebt vom demokratischen Ehrenamt. Sie werden jetzt sicher böse werden, aber ich muss es noch einmal sagen: Aus meiner Sicht stört mich an der Kreisstrukturreform, die Sie vorhaben, nicht, dass es weniger Verwaltungen gibt. Das ist mir schnuppe, ehrlich gesagt. Das kann man anders organisieren, also wir können die Sonderverwaltung des Landes auch anders zusammenfassen. Aber was mich sehr stört, ist die Reduzierung der kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten, konkret die Reduzierung von Mandaten von Bürgerinnen und Bürgern in den Kreistagen in diesem Lande. Meine Damen und Herren, verkennen Sie nicht, dass Demokratie von jungen Menschen empfunden wird, so, wie sie sich nach außen ausdrückt. Und manchmal sind wir in den Städten oder in den Kreistagen vielleicht nicht gerade besonders vorbildlich in der Art und Weise, wie wir da reden oder miteinander umgehen, aber ein junger Mensch hat wenigstens die Chance – und die wird wahrgenommen, wie ich festgestellt habe – zu gucken, was machen die da eigentlich, worüber setzen sie sich auseinander und mit welcher Ernsthaftigkeit setzen sie sich auseinander. Und wenn sie die bisher vorhandenen Landkreise auf fünf oder vier, ich weiß nicht, was Sie im Endergebnis wollen, reduzieren, verlieren Sie damit ein Stück Überzeugungskraft kommunal dargestellter Demokratie. Denken Sie bitte auch daran! Ich werde nicht aufhören, darauf hinzuweisen, weil es wenig hilft, dass Menschen Demokratie aus Büchern erlesen. Demokratie will dargestellt sein. Sie soll von uns, die wir demokratisch erlangte Mandate haben, auch wirklich deutlich vorgelebt werden. Und jedes Mandat, das in diesem Lande wegfällt, ist für mich ein Verlust an demokratischer Vorbildhaftigkeit. Deswegen spreche ich das noch einmal an.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich komme mit einer Schleife zurück an den Anfang. Ich wünsche mir, dass es so ist, wie es zumindest zwischen Herrn Dr. Körner und mir vereinbart worden ist, dass wir in diesem Punkt so einig sind und ein Beispiel setzen, trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen, und heute in der Fassung des Änderungsantrages, den wir gemeinsam dann abgestimmt haben, den wir also miteinander abgestimmt haben, diesen Antrag beschließen. Und ich freue mich auf die Arbeit in den Ausschüssen dieses Landtages zu diesem Thema. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, einzelnen Abgeordneten der PDS und Heike Polzin, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der Fraktion der SPD.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Nach der beeindruckenden Rede unserer Präsidentin während der Feier-

stunde und in der Schlosskirche, wo Sie den Antrag, über den wir heute zu reden haben, in einen Begründungszusammenhang gestellt hat, wo Sie den Antrag, über den wir jetzt und hier zu reden haben, eingebunden hat in einen geschichtlichen Kontext, einschließlich unserer aktuellen Situation, möchte ich zu diesem Thema, also zum Begründungszusammenhang dieses Antrages und zur Einbindung in die Geschichte und die historische Situation, nichts weiter anmerken und ausführen. Ich kann das Anliegen unseres Antrages in dieser Hinsicht nicht besser einbetten und mache mir in diesem Punkt namens der SPD-Fraktion die Ausführungen von Frau Bretschneider ausdrücklich zu Eigen und bitte darum, dass diese Rede den Abgeordneten des Landtages zur Verfügung gestellt wird.

Insofern kann ich gleich auf die konkreten Handlungsschritte eingehen, die sich für uns aus dem heute Morgen Gehörten und nun auch aus dem auf dem Tisch liegenden Antrag ganz konkret ergeben. Der Antrag ist ganz bewusst sehr kurz gehalten worden. Eigentlich hätte der Punkt 1 ausgereicht, die Intention zu umreißen, die wir in den konkreten, nun folgenden Handlungsschritten vor uns haben. Worum geht es? Es geht darum, den „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ weiterzuentwickeln. Damit ist alles gesagt. Damit ist alles gesagt, was gegenwärtig erforderlich ist. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten dazu ganz konkrete Vorschläge liefern. Wir werden auf die im Land einschlägig vorliegenden Erfahrungen zurückgreifen. Wir werden die Beratungsteams, den Verfassungsschutz, die Mobile Aufklärungseinheit Extremismus, die Projektträger, den Präventionsrat und natürlich auch die Ministerien in eine Arbeitsgruppe einbinden. Diese Arbeitsgruppe wird ganz konkrete Handlungsvorschläge machen. Diese Handlungsvorschläge werden den Rahmen für die Auseinandersetzung mit diesem Thema in den nächsten zwei, drei Jahren umreißen. Wir werden dieses in den nächsten Monaten vorlegen und dann in den entsprechenden Fachausschüssen darüber weiter reden können.

Zwei, drei Anmerkungen möchte ich zur aktuellen Situation doch noch machen. Zunächst einige Anmerkungen zu den Vorgängen in Wismar im Rahmen der Jungen Union. Ich bin sehr froh, dass dieses Thema sehr schnell und auch deutlich einem Ende zugeführt wurde. Was mich irritiert in diesem Zusammenhang, ist, dass es – nach meiner Einschätzung jedenfalls – in erster Linie der öffentliche Druck und die öffentlichen Auseinandersetzungen waren, die zu diesem radikalen Schritt geführt haben. Ich habe gehört, dass es aus den eigenen Reihen, nachdem schon etliche Briefe verschickt worden waren, zu diesem Thema nur eine verhaltene Kritik gab. Wenn das so ist, dann muss ich fragen: Warum ist die starke Kritik zu diesem Thema nicht zuerst aus den eigenen Reihen gekommen? Ein zweiter Vorfall, auch aus diesem Land, denn wir wollen nicht gleich immer nach Sachsen schauen, aus dem Kreis Ostvorpommern. Es ist mir zur Kenntnis gelangt, dass dort ein Vertreter der NPD in den regionalen Planungsverband gewählt wurde. Er hat mehr Stimmen erhalten, als die NPD Mandate hat.

Lassen Sie uns in unser Land schauen. Ich will, wenn ich das Beispiel Junge Union hier erwähne,

(Minister Dr. Till Backhaus: Da gibt es noch ganz andere Beispiele.)

in keiner Weise eine parteipolitische Instrumentalisierung vornehmen, sondern ich will damit deutlich machen,

wie tief hier Themen in der Mitte dieser Gesellschaft angekommen sind, die wir gemeinsam zurückdrängen müssen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ja, das ist so.)

Sie haben einen Ergänzungsantrag vorgelegt, Kollege Ritter. Wir werden diesen akzeptieren. Ich frage mich natürlich, warum insbesondere in der Begründung solch ein polemischer Unterton da ist, auch in Ihrer Pressemitteilung dazu. Das muss nicht sein. Wir sollten gegenwärtig, auch wenn wir durchaus bei diesem Thema sehr unterschiedliche Herangehensweisen haben, die Zusammenarbeit in den Mittelpunkt stellen. Wir sollten die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellen, die wir bei diesem Thema haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Ziel sollte sein, dass wir in absehbarer Zeit konkrete Vorschläge auf dem Tisch haben und wir diese gemeinsam umsetzen können. Wenn wir diese gemeinsam umsetzen, dann lösen wir die verbale Intention dieses Antrages praktisch ein. Ich hoffe auf gemeinsame Schritte in der Zukunft. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Körner.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Dr. Jäger, als ich gestern Abend Ihre Pressemitteilung und den entsprechenden Änderungsantrag vorgefunden habe, habe ich mich sehr gefreut. Ich habe daraufhin Herrn Dr. Körner gebeten, mit Ihnen gemeinsam mögliche Änderungen an Ihrem Änderungsantrag zu bereden, und ich freue mich, dass das passiert ist. Ich will hier auch ankündigen für meine Fraktion, dass wir diesem Änderungsantrag zustimmen.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir einen kurzen Blick zurück und auch einige Ausführungen zu aktuellen Debatten. Eine Reflexion kann ich mir dazu leider nicht ersparen. Zunächst der Blick zurück ganz kurz zur Landtagssitzung vom November des vergangenen Jahres. In meiner Einbringungsrede zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges stellte ich fest, dass wohl kaum eine andere Frage in der deutschen Geschichte so oft diskutiert wurde wie die Frage: Befreit oder besiegt? Und angesichts aktueller Debatten antworte ich auf diese Frage wiederum, das deutsche Volk wurde befreit, befreit vom deutschen Nationalsozialismus, der Menschenvernichtung industriemäßig organisierte und durchführte, der die Welt mit dem bis dahin schrecklichsten Krieg überzogen hatte und auch dem deutschen Volk Not und Elend brachte. Das deutsche Volk wurde von außen befreit, denn es war nicht in der Lage, sich trotz aller Opfer des Widerstandes selbst von dieser menschenverachtenden Ideologie zu befreien. Dem deutschen Volk musste der Antifaschismus verordnet werden.

Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Dass dieser Schwur der befreiten Häftlinge

des Konzentrationslagers Buchenwald bis heute aktuell bleiben würde, das hat damals im April vor 60 Jahren niemand geahnt. Und wir alle müssen uns heute fragen, was wir aus diesem dem deutschen Volk von den Alliierten verordneten Antifaschismus gemacht haben. Um nicht wieder bei einigen blindes Missverständnis aufkommen zu lassen, erkläre ich hier für meine Fraktion und meine Partei zum wiederholten Male: Wenn wir uns mit dem 8. Mai 1945 auseinander setzen, müssen wir uns auch mit der Entwicklung nach 1945 auseinander setzen. Wir müssen uns damit auseinander setzen, was in Buchenwald, in Sachsenhausen oder Fünfeichen nach 1945 geschehen ist. Und wir müssen uns fragen lassen, warum aus dem dem deutschen Volk verordneten Antifaschismus in der DDR ein ziemlich einseitiges Bild vom antifaschistischen Widerstand entwickelt wurde. Und wir tun das. Auch deshalb hat sich meine Fraktion in diesem Jahr wieder entschlossen, Klassenfahrten in ehemalige Konzentrationslager zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen das tun, um jede neue Einseitigkeit in der Auseinandersetzung mit dem modernen Rechtsextremismus zu verhindern. Und da, meine sehr verehrten Damen und Herren, packt mich schon die kalte Wut, wenn Politiker dieses Landes, die in verantwortungsvoller Position arbeiten, in dummdreister Art und Weise die PDS mit der rechtsextremen NPD gleichsetzen. Herr Rehberg, laut Grundgesetz haben Parteien den Auftrag, an der politischen Willensbildung der Gesellschaft teilzuhaben. Dieses Grundgesetz stellt in Artikel 1 fest, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Dieser Verfassungsauftrag hat für die PDS oberste Priorität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn Sie sich, Herr Rehberg, auch nur eine Minute intensiv mit den Programmen der alten und neuen Nazis auseinander setzen würden, würden Sie feststellen, dass deren Ziele, deren Bekenntnis zu ihrer Herkunft und Vergangenheit genau diesen Zielstellungen des Grundgesetzes widersprechen. Und wenn Sie dann immer noch meinen, sich berufen zu fühlen, PDS und NPD gleichzusetzen, dann ist das nicht nur ein Hohn auf die Geschichte, dann muss ich auch feststellen, dass Sie politisch fahrlässig handeln, die Demokratie gefährden und dem von Ihnen geforderten Werben nach mehr Demokratie einen Bärendienst erweisen. Ich möchte daher an Sie appellieren: Lassen Sie derartige Vergleiche und Verunglimpfungen in Zukunft sein!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich möchte dagegen erneut unsere Bereitschaft verdeutlichen, gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten Kräften die notwendigen Strategien im Kampf um mehr Demokratie und Toleranz zu entwickeln, auch deshalb unsere Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU. Beenden wir endlich den Zustand, dass sich diese notwendigen Gegenstrategien im unnötigen Klein-Klein der Kräfte im parlamentarischen wie außerparlamentarischen Raum verhakeln. Es kann doch nicht darum gehen, wer der bessere Antifaschist im Land ist. Es muss darum gehen, gemeinsam in die Gesellschaft hineinwirkende Strategien für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit zu entwickeln, auch deshalb unsere Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag. Und deshalb sollte die von uns im Antrag vorgeschlagene Weiterentwicklung des

Handlungsrahmens „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ mit aller Konsequenz begonnen werden.

Im Leitbild des im Jahre 2001 als Initiative der Landesregierung vorgestellten Handlungsrahmen heißt es, ich zitiere: „Rechtsextremismus und Gewalt breiten sich dort aus, wo die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen nicht genug und konkret verteidigt wird. Rechtsextremismus entsteht in der Mitte der Gesellschaft und kann dauerhaft nur aus ihrer Mitte heraus bewältigt werden.“ Der Handlungsrahmen formulierte verschiedene Aufgabenfelder, so zum bürgerschaftlichen Engagement, zur Familie, zur Schule, zur Jugendarbeit, zu den Hochschulen, zu den Medien, den Parteien und der Politik, zur Wirtschaft, zur Kriminalitätsvorbeugung, zur Polizei und den Ordnungsbehörden, zur Strafverfolgung, also ein umfassendes und nicht nur auf Repression setzendes Konzept. Und genau darum geht es. Es geht nicht um das Anti, es geht vor allem um das Pro. Es geht um mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität, es geht um Lebensbejahung und Zukunft, um die weitere Demokratisierung des Landes. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um eine Atmosphäre der Ächtung von Nationalsozialismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und menschenverachtender Gewalt. Nach diesen Maßstäben muss sich der Handlungsrahmen messen lassen. Und da hätte ich schon erwartet, dass die Landesregierung früher und umfangreicher eine Bewertung ihrer eigenen Initiative, denn als solche ist der Handlungsrahmen veröffentlicht worden, vorgenommen hätte. Da dieses bisher nicht passiert ist, ist der vorliegende Antrag auch ein Auftrag an die Landesregierung, diese umfassende Bewertung nachzuholen, um mit der Weiterentwicklung entsprechende Schlussfolgerungen für unser aller Handeln abzuleiten.

Welches sind die Kritikpunkte aus unserer Sicht? Da ist zunächst die Feststellung, die wir schon 2001 getroffen haben: Jedes Ressort setzt seine Maßnahmen um. Daran ist zunächst nichts Schlechtes, wenn nicht nur der Innenminister, sondern auch der Wirtschaftsminister oder die Sozialministerin einen Beitrag im Kampf gegen den Rechtsextremismus leisten. Was aber fehlt, und das haben wir in den zurückliegenden Jahren gemerkt, ist eine koordinierende Stelle, eine Stelle, die die verschiedenen Handlungsfelder zusammenführt, Parallelarbeiten vermeidet, Impulse setzt, die Umsetzung des Handlungsrahmens bewertet und weiterentwickelt. Wollen wir gesamtstaatliches Handeln, brauchen wir auch gesamtstaatliches Herangehen.

Zweiter Schwachpunkt: Für die Umsetzung des Handlungsrahmens sollte es keine spezifischen Finanzmittel geben. Jedes Ressort sollte dafür Mittel abknapsen. Damit aber war vorprogrammiert, dass der andauernde gesamtgesellschaftliche Diskurs und die dazu notwendigen Handlungsstränge weitgehend in den bisherigen Bahnen verharren, dass kaum neue Wirkungsmöglichkeiten entstanden, ein neuer Handlungsschub kaum zu erleben war. Wir alle erinnern uns an die Klimmzüge, die wir machen mussten, um eine Kofinanzierung für die CIVITAS-Projekte im Land zu erreichen. Herr Dr. Jäger ist darauf eingegangen. Und wir mussten in den Jahren der Existenz des Handlungsrahmens lernen, dass Kostenneutralität eben viele gute Vorhaben, Absichten, Forderungen nicht gerade befördert hat.

Zu hinterfragen ist, was aus den Programmen wie „Pro Zivilcourage – gegen Rechtsextremismus“ geworden ist,

welche Erfolge Projekte wie „Kunst gegen Gewalt“ oder „Künstler für Schüler“ hatten, was getan wurde, um die Gedenkstättenarbeit im Land weiter zu unterstützen und zu verbessern. Wöbbelin, Alt Rehse, Prora, Barth seien hier nur als Stichworte genannt. Wie wurde die Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern unterstützt? Wie wurde zum Beispiel das „Freiwillige Ökologische Jahr“ oder das „Freiwillige Soziale Jahr“ in diesem Zusammenhang genutzt? Wir müssen uns fragen, welchen Sinn es macht, junge Menschen, die sich den Nazis auf der Straße entgegenstellen, von vornherein als Linksextremisten, auch in den Berichten der Landesregierung, abzustempeln.

(Beifall Regine Lück, PDS)

Wir müssen uns fragen, ob es nicht besser ist, dass wir Politiker uns gemeinsam mit den Jugendlichen den Nazidemonstrationen entgegenstellen, so, wie wir es auch praktiziert haben. Und wir müssen uns fragen, ob wir überhaupt alle Mittel genutzt haben, um den Nazis die Straßen nicht zu überlassen. Haben wir zum Beispiel die Straßen und Plätze unseres Landes für unsere Veranstaltungen zum 8. Mai schon angemeldet oder überlassen wir das den Rechtsextremen in unserem Land und verlieren uns dann wieder im Streit darüber, dass wir die Nazidemos nicht verhindern konnten? Wie können wir es schaffen, Jugendarbeit zu professionalisieren? Zum Beispiel indem wir das Programm „Jugend und Schulsozialarbeit“ verstetigen. Wie gehen wir damit um, dass wir von einer menschenwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik noch weit entfernt sind? Wie können wir erreichen, dass Kommunalpolitik vor Ort nicht länger die Gefahren rechtsextremer Entwicklungen herunterspielt?

Fragen über Fragen! Setzt man sich ernsthaft damit auseinander, wird man erkennen, dass es um mehr als ein paar Änderungen im Bereich der politischen Bildung unseres Landes geht. Und so heißt es schon jetzt im Handlungsrahmen richtig, ich zitiere: „Ein demokratisches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern entsteht nur im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte. Jeder Bürger muss sich selbst fragen, ob er genug getan hat, um Toleranz und Demokratie alltäglich werden zu lassen.“ Zitatende. Jeder Bürger und somit auch jeder Wähler und jede Wählerin.

Im Kommentar der „Tagesthemen“ hieß es am 24. Januar diesen Jahres, ich zitiere: „Den Wählern muss ein Bewusstsein entstehen, dass sie mit ihrer Wahlentscheidung auch Entscheidungen gegen sich selbst treffen. Die politische Auseinandersetzung mit der NPD ist eine Auseinandersetzung mit den Wählern der NPD.“ Und diese politische Auseinandersetzung zu führen ist auch eine unserer Hauptaufgaben. Lassen Sie uns jetzt damit beginnen! Gemeinsam am Wahlsonntag 2006 erschreckt aufzuwachen ist zu spät. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1530 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das

Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1530 einstimmig angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1503 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1503 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Vereinfachte Steuererklärung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1502.

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Vereinfachte Steuererklärung in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/1502 –

Das Wort zur Begründung hat die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow von der Fraktion der PDS.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Jetzt geht es mir ein bisschen so, wie es Herrn Riemann heute früh ging, dass nach diesem Thema dieses Thema nicht ganz so einfach ist.

Meine Damen und Herren, in einer Frage scheinen sich die Parteien steuerpolitisch ziemlich einig zu sein, und zwar im Zusammenhang mit der Entscheidung, dass die Steuererklärung einfacher werden muss. In der Tat sind wir in der Bundesrepublik von einer Vereinfachung des Steuerrechtes weit entfernt. Bei den Formalien oder besser gesagt bei den Papieren gestaltet sich allerdings die Entwicklung in den letzten Jahren mit der so genannten elektronischen Steuererklärung, ELSTER genannt, und der vereinfachten Steuererklärung recht angenehm und etwas freundlicher. Zwar wird es noch eine lange Zeit bei der freiwilligen Abgabe der elektronischen Steuererklärung bleiben, aber immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen diese Vorteile sehr gern. Man kann bequem am eigenen PC die Steuererklärung ausfüllen und die Daten anschließend verschlüsselt mit ELSTER per Internet an die Steuerverwaltung übermitteln. Diese Steuerklärungen werden bevorzugt in den Finanzämtern bearbeitet. In der Regel werden als Belege nur die Lohnsteuerkarte und eventuell noch die Bescheinigungen über Zinsabzug oder Spenden verlangt.

Seitdem für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die elektronische Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigung pflichtig geworden ist, können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon einen schriftlichen Abdruck erhalten und diesen als Grundlage für ihre Einkommenssteuererklärung nehmen. All das führt schon zum vereinfachten Verfahren und zeigt, wie sehr auch das Finanzministerium, die Finanzministerin, an der Frage der Entbürokratisierung und Deregulierung beteiligt sind. Dies führt dann natürlich auch zu einer Effizienz in den Verwaltungen.

Mit dem Beschluss der Finanzministerkonferenz, auf den Frau Keler ja heute Morgen schon eingegangen ist, wird die flächendeckende Einführung der so genannten

vereinfachten Steuererklärung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab Veranlagungszeitraum 2004 im gesamten Bundesgebiet ermöglicht. Das ist wiederum ein Schritt zur Entbürokratisierung in den Ländern. Statt wie bisher auf sechs Seiten verkürzt sich der Vordruck der Einkommenssteuererklärung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf zwei Seiten.

(Zurufe von Hannelore Monegel, SPD,
und Angelika Peters, SPD)

Ich habe Ihnen einmal das Exemplar aus Schleswig-Holstein mitgebracht. Wenn wir Zeit hätten, dann würde ich es verteilen. Es ist wirklich einfach und jeder kann das selber machen.

(Heiterkeit bei Angelika Peters, SPD:
Die armen Steuerberater!)

Ob sich darüber Steuerberaterinnen und Steuerberater freuen, ist eigentlich eine andere Frage.

(Heiterkeit bei Angelika Peters, SPD:
Die armen Steuerberater!)

Ich denke, diese Möglichkeit der vereinfachten Steuererklärung ist ein gutes Angebot für Steuerpflichtige, die hauptsächlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Versorgungsbezüge oder Lohnersatzleistungen beziehen, und für diejenigen, die nur die klassischen Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen geltend machen wollen. Voraussetzung dafür ist, dass man nur eine Steuererklärung und keine Nebeneinkünfte aus Zinsen, Spekulationen oder Vermietung und Verpachtung hat. Fakt ist, die normale Steuererklärung wird wesentlich einfacher und sie wird bürgerfreundlicher. Und da sind wir uns ja eigentlich alle einig. Dies zeigen die Erfahrungen der Pilotfinanzämter in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die die vereinfachte Steuererklärung bereits erfolgreich getestet haben.

Auch wir möchten gerne, dass in unserem Bundesland die vereinfachte Steuererklärung eingesetzt wird, allerdings – und da stimme ich Frau Keler ausdrücklich zu – sollten dafür ein einheitliches Formblatt und eine einheitliche Anerkennung bei allen Finanzämtern möglich sein. Ich hoffe sehr, dass man sich auf die einheitliche Vorgabe eines zweiseitigen Formblattes sehr schnell einigen kann, so dass auch in Mecklenburg-Vorpommern zügig die vereinfachte Steuererklärung eingeführt werden kann. Gerade deshalb, weil wir hier im Parlament sind und wir uns im Finanzausschuss immer sehr um die Einnahmeseite des Landes kümmern, ist es wichtig, dass das Parlament hier sagt: Ja, wir sind einverstanden mit der vereinfachten Steuererklärung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Alexa Wien, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen heute früh schon auf die

Anfrage von Herrn Riemann geantwortet. Ich habe eigentlich den Ausführungen von Frau Gramkow gar nichts mehr hinzuzufügen. Ich habe gesagt, dass, wenn die Erfahrungen positiv ausgefallen sind, wir selbstverständlich im nächsten Jahr die vereinfachte Steuererklärung flächendeckend einführen werden. Ich denke, wir werden Sie im Herbst dieses Jahres darüber informieren, wie die Ergebnisse aussehen. Ich hoffe, dass wir dann ab dem nächsten Jahr mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmerveranlagungen mit vereinfachten Steuerklärungen absolvieren und durchführen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. von Storch von der Fraktion der CDU.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diesem Antrag zustimmen, wenngleich wir der Meinung sind, nachdem die Finanzministerkonferenz die Weichen bereits gestellt hat, dass dieses allenfalls von der Bedeutung her ein Unterstreichen dieses Fortschritts sein kann, wenn es denn ein wirklicher ist.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir bauen Bürokratie ab bei Arbeitnehmern, die keine weiteren Einkünfte haben. Wir alle wissen, Frau Ministerin, Arbeitnehmer werden nicht veranlagt, sondern wir haben das Abzugsverfahren. Das Abzugsverfahren beinhaltet, dass der Arbeitgeber die Lohnsteuer schon einmal einkassiert, und dann beginnt der Part der Arbeitnehmer, nämlich über den Lohnsteuerjahresausgleich sich das zurückzuholen, worauf er einen Anspruch hat. Und wenn er etwas nebenbei verdient, muss er die Anlage N dazunehmen, dann sind wir wieder voll bei der Bürokratie. Trotzdem begrüßen wir das als einen Fortschritt, das soll nicht kleingeredet werden.

Ob der Arbeitnehmer diese Erleichterungen aber am Ende bei der Kompliziertheit unseres Steuersystems auch so aufnimmt, das soll sich bitte erst noch herausstellen. Es ist ja heute so, dass unser System kaum noch begreifbar ist. Wenn wir dieses hier machen, wollen wir eines nicht vergessen, es muss das endgültige Ziel sein, eine Steuererklärung überhaupt nur auf einer DIN-A4-Seite auszufüllen. Dann wären wir in der Tat ein großes Stück weiter.

Und, meine Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ganz kurz von einem Erlebnis berichten. Ich habe einmal einen Freund in Hongkong besucht, der für eine deutsche Firma in Hongkong tätig war, wie der seine Steuererklärung für das Jahr abgegeben hat. Der nahm seinen Lohn beziehungsweise sein Einkommen des Jahres mal 16 Prozent, er nahm den Arbeitgeberanteil für die Miete mal 16 Prozent, das war seine Steuererklärung. Dazu hätte ein halber Bierdeckel gereicht, nicht einmal ein ganzer. Aber da werden wir mit deutscher Gründlichkeit bestimmt nicht hinkommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Wollen wir
auch nicht, da kommt ja nichts bei raus.)

Das wollen wir auch nicht, nein. Das würde ja die soziale Gerechtigkeit beeinträchtigen. Ich bin ja auch dafür, dass wir das etwas anders machen müssen. Aber dass es

so ist, wie wir es heute machen, ist mit Sicherheit nicht richtig. Und wir haben auch eine OECD-Studie, die uns die Kompliziertheit unseres deutschen Steuersystems bescheinigt. Vor uns liegen nur noch Ghana und Rumänien. Wenn das nichts ist?!

Meine Kolleginnen und Kollegen, auch bei diesem ersten positiven Schritt muss darauf hingewiesen werden, dass wir in Deutschland über 300 Steuergesetze haben. Wir haben über 70.000 Vorschriften und Verwaltungsanweisungen im Steuerrecht. Der deutsche Anteil an der Weltsteuerliteratur liegt zwischen 60 und 65 Prozent. Meine Kolleginnen und Kollegen, muss man dazu noch was ausführen? Wir wissen, dass wir mit unserem Steuersystem in seiner Kompliziertheit in einer Sackgasse sind. Wir sind in einer Sackgasse. Dieses System ist tatsächlich nicht mehr zu reparieren, indem man Flickwerk beginnt.

(Angelika Peters, SPD: Na, na, na!)

Und noch eine Anmerkung aus meiner beruflichen Tätigkeit als Anwalt.

Jeder, der seine Steuererklärung unterschreibt, der unterschreibt, dass er vollständig und gewissenhaft ausgefüllt hat, der kann das doch gar nicht, der wird doch zur Unwahrheit verleitet. Der kann die 70.000 Vorschriften doch ohnehin nicht beherrschen. Da beginnt es eigentlich, dass wir nachdenken müssen. Wenn wir das Steuerrecht in Deutschland verändern, dann muss es auch systematisch geschehen. Ich meine, dass wir damit anfangen sollen!

Wenn es richtig ist, dass die Finanzministerkonferenz neulich die Auffassung vertreten hat, derzeit keine grundlegenden Steuerreformen mehr vorzunehmen, dann ist das mit Sicherheit das falsche Signal. Es ist ein Alarmsignal. Und dann darf es uns bei der Kompliziertheit unseres Systems auch gar nicht wundern, wenn ausländische Investoren Deutschland weiträumig umgehen, meine Damen und Herren.

Ein Letztes noch in diesem Zusammenhang. Wir haben der Presse entnommen, Frau Ministerin Keler, dass es eine Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein geben soll. Das ist eine gute Nachricht, die Zusammenarbeit nicht nur zwischen den norddeutschen Ländern zu verbessern, sondern auch hier spezielle Zeichen zu setzen. Ich darf bescheiden darauf hinweisen, dass mein Kollege Liskow bereits in seiner Pressenotiz am 02.11. die Initiative des Senators Peiner in Hamburg aufgegriffen hat, dieses zu tun. Ich freue mich, dass das jetzt konkrete Formen annimmt.

Lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung machen. Diese Zusammenarbeit im norddeutschen Raum könnte ja auch auf anderen Feldern Fortschritte erzielen. Frau Ministerin, wenn die Landesregierung und das Land Mecklenburg-Vorpommern seine Anteile an der Nord/LB verkaufen will, dann mag es doch diese Anteile in die Hamburg/Schleswig-Holsteinische Landesbank einbringen, um auch in dem Bereich die Kooperation voranzubringen. Ich glaube, es wäre doch eine Überlegung wert, die nicht heute oder morgen greifen kann – das weiß ich –, die aber als Zukunftsperspektive nicht außer Acht gelassen werden sollte. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. von Storch.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

(Regine Lück, PDS: Sind Sie schneller? –
Jochen Schulte, SPD: Ich bin schneller, ja. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Regine Lück, PDS)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf die Frage, ob ich schneller bin als mein Vorredner, das kann ich Ihnen jetzt schon mal versprechen, denn wenn schon die Steuererklärung oder das Steuerformular verkürzt und vereinfacht werden sollen, dann gilt das vielleicht auch für die Redezeiten, die sich damit befassen.

Albert Einstein, glaube ich, ist es gewesen, der gesagt hat, man soll komplizierte Dinge so einfach wie möglich erklären, aber auch nicht einfacher. Und die Steuererklärung, die jeder von uns mindestens einmal im Jahr abgeben muss, ist sicherlich eine der kompliziertesten Dinge – der Kollege von Storch hat eben schon darauf hingewiesen –, was man heutzutage in Deutschland überhaupt machen kann. Der Umstand, dass jetzt eine vereinfachte Steuererklärung in einigen Bundesländern bereits eingeführt worden ist und auch dass das Land Mecklenburg-Vorpommern die entsprechenden Vorbereitungen führt, um sie schnellstmöglich hier einzuführen, ist deswegen sicherlich ein erforderlicher und guter Schritt.

Und wenn man die Erfahrungen sieht, die zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen gesammelt worden sind, dass circa 60 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehungsweise die Steuerzahler insgesamt von der Möglichkeit der vereinfachten Steuererklärung Gebrauch machen, dann lässt das darauf hoffen, dass entsprechende Zahlen hier erreicht werden können. Das bedeutet ja letztendlich, dass für einen Großteil unserer Bevölkerung tatsächlich das Steuerrecht zumindest in seiner Anwendung einfacher geworden ist. In diesem Sinne wird die SPD-Fraktion natürlich auch alle weiteren Schritte unterstützen, die vom Finanzministerium in Zukunft gemacht werden, um für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes tatsächlich alles zu tun, damit die Steuererklärung und überhaupt das gesamte Gebiet des Steuerrechtes einfacher und übersichtlicher werden.

Ein Wort vielleicht noch zum Schluss. Ich glaube nicht, dass die Steuerberater in diesem Land allzu viel Angst haben werden. Ich schätze einmal, sie leben dann weiterhin von denjenigen, die keine vereinfachte Steuererklärung abgeben können. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Volker Schlotmann, SPD: So ist es. –
Dr. Henning von Storch, CDU: Genau.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schulte.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1502. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltung? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Frak-

tionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1502 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Norddeutschen Rundfunk, Drucksache 4/1500, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 4/1529.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
zur Änderung des Staatsvertrags über
den Norddeutschen Rundfunk (NDR)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 4/1500** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses**
– **Drucksache 4/1529** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Ausschussvorsitzende Herr Friese von der Fraktion der SPD.

Siegfried Friese, SPD: Schönen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Innenausschuss hat sich gestern mit dem vorgelegten Gesetzentwurf befasst und empfiehlt die Annahme einschließlich einer Änderung, die wir vorgenommen haben. In Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „21. Februar 2005“ durch die Angabe „25. Februar 2005“ ersetzt. Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig. Der Innenausschuss empfiehlt die Annahme der Beschlussempfehlung. – Schönen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Friese.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über den

Norddeutschen Rundfunk auf Drucksache 4/1500. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1529 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1529. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1529 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, PDS und CDU bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1529 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1529 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, PDS und CDU bei einer Enthaltung des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 9. März 2005, 10.00 Uhr ein. Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, dass sich jetzt der Ältestenrat zusammenfindet. Weiterhin möchte ich Ihnen für die sitzungsfreie Zeit alles Gute wünschen.

(Volker Schlotmann, SPD: Danke gleichfalls!)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.22 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Rudolf Borchert, Martin Brick, Jörg Heydorn, Gabriele Schulz, Gesine Skrzepski, Karin Strenz und Udo Timm.